



Die Panzergeschäfte haben ein politisches Nachspiel

Grüne und SP haben in der vergangenen Session auf die skandalösen Bewilligungen des Bundesrates für die Ausfuhr von Waffen reagiert. Parlament und Bundesrat werden sich in den kommenden Sessionen immer wieder mit der Waffenausfuhrpolitik zu beschäftigen haben. Ein Überblick über die eingereichten Vorstösse • von Reto Moosmann

Die vom Bundesrat Ende Juni beschlossenen Kriegsmaterialgeschäfte (Irak, Pakistan, Indien, Südkorea) haben derart starke Kritik hervorgerufen, dass eines der Geschäfte – dasjenige mit dem Irak – bereits geplatzt ist. Zudem sah sich der Bundesrat gezwungen, eine interdepartementale Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die verwaltungsinternen Abläufe des Bewilligungsverfahrens überprüfen soll. Auch PolitikerInnen und Parteien verlangen vom Bundesrat Auskunft und fordern die Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes. Insgesamt 11 (!) parlamentarische Vorstösse von Grünen und SP wurden in der vergangenen Session dazu eingereicht. Die wichtigsten Vorstösse im Überblick:

Verschrotten statt verkaufen

GSoA-Vorstand Josef Lang fordert mit einer Motion ein Ausfuhrverbot für altes Armeematerial sowie dessen umwelt- und fachgerechte Entsorgung. Lang begründet seine Forderung «verschrotten statt verkaufen» damit, dass als Abnehmerländer laut der schweizerischen Rüstungsbehörde Armasuisse hauptsächlich Länder in Frage kommen, «in denen eine gewisse Bedrohungslage besteht» (und die Exporte damit besonders heikel sind). Lang verlangt, dass bei künftigen Rüstungskäufen ein angemessener Betrag für die spätere Entsorgung budgetiert und in einen «Entsorgungsfonds» einbezahlt wird. Etwas weniger weit gehen die SozialdemokratInnen: Die Fraktion der SP verlangt mit ihrem Postulat eine «verstärkte politische Kontrolle über die Liquidierung von Armeematerial».

Mit einer Interpellation verlangt GSoA-Vorstand Lang einen unbefristeten Ausfuhrstopp

für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Auch wenn das Irak-Geschäft, welches über die VAE hätte abgewickelt werden sollen, in der Zwischenzeit abgesagt wurde, macht die Forderung nach wie vor Sinn: In den letzten sieben Jahren bezogen die VAE Kriegsmaterialien im Wert von mehr als 68 Mio. Franken. Es ist nicht klar, ob sich dieses Material noch in den VAE befindet oder ob das Material in andere Länder umgeleitet wurde (wie vor wenigen Wochen bekannt wurde, haben die VAE Schweizer Panzerhaubitzen nach Marokko weitergereicht). Die SP-Fraktion verlangt diesbezüglich Antworten auf die offenen Fragen und fordert einen Ausfuhrstopp für den gesamten Nahen Osten.

Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes

Die zwei wichtigsten Vorstösse, die parlamentarischen Initiativen der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion, sind in der zentralen Forderung identisch: Es darf keine Kriegsmaterialausfuhren mehr in Länder geben, in denen innerstaatliche Gewaltkonflikte herrschen, in denen die Menschenrechte missachtet werden und die den Frieden gefährden. Zudem soll verhindert werden, dass durch die Waffenausfuhren die entwicklungspolitischen Bestrebungen der internationalen Staatengemeinschaft gefährdet werden. Eigentlich, so dürfte man meinen, eine Selbstverständlichkeit. Die gegenwärtige Gesetzgebung lässt aber solche Ausfuhren offensichtlich zu, auch wenn sie dem Sinn und Geist der Gesetzgebung widersprechen. Deshalb fordern beide Fraktionen eine klarere, verschärfte Regelung.

Für Gesprächsstoff in den nächsten Sessionen ist also gesorgt.

Davos: Grün mitten im Winter

(db) In den letzten Wochen wurden rund 6500 Aufgebote für WKs am nächsten World Economic Forum (WEF) im Januar 2006 versandt.

Das Parlament musste dieses Jahr nicht darüber streiten, ob ein Armee-Einsatz am WEF nötig ist – es hatte schon letztes Jahr in weiser Voraussicht die derzeitige Bedrohungslage vorausgesehen und das Armeeaufgebot gleich für zwei Jahre bewilligt.

Der Einsatz der Armee am WEF verstösst gegen die Verfassung, da die Armee nur in «ausserordentlichen Lagen» im Innern wirken darf. Und ein regelmässig stattfindendes privates Wirtschaftstreffen kann wohl kaum als «ausserordentlich» bezeichnet werden. Um die Nützlichkeit der Armee zu beweisen, nehmen Politiker und Militärs in Kauf, dass bewaffnete Soldaten Menschen gegenüberstehen könnten, die ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen.

Auch vielen Soldaten gefällt dies nicht. Mehr als 60 Soldaten haben sich mittlerweile dem «Soldatenkomitee gegen die inneren Einsätze der Armee» angeschlossen. Dem Komitee beitreten oder als Nicht-Soldat seine Unterstützung erklären kann man auf www.soldatenkomitee.ch

Andreas Zumach und Jo Lang zur Waffenausfuhrpolitik in Bern

Diesen Sommer hat der Bundesrat vier Rüstungsgeschäfte bewilligt, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären, da sie im Widerspruch zu den entwicklungs-, friedens- und menschenrechtspolitischen Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik stehen. «Die Waffenausfuhr in Krisengebiete – Ist die schweizerische Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik am Ende?» Unter diesem Titel findet am 29. November 2005 eine Informationsveranstaltung des Grünen Bündnisses Bern statt. Der UNO-Experte und Journalist Andreas Zumach und GSoA-Vorstand Jo Lang diskutieren Gründe und Hintergründe des Kurswechsels in der Kriegsmaterialausfuhrpolitik und stellen diesen in einen internationalen Zusammenhang.

29. November 2005, 20 Uhr, Kornhausforum Bern (Vortragssaal):

Veranstaltung mit Andreas Zumach und Jo Lang zum Thema «Waffenausfuhr in Krisengebiete – Ist die schweizerische Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik am Ende?» Weitere Informationen unter: www.gbbern.ch

Engagiert neu dabei!



von links: Reto Moosmann, Andreas Weibel, Christian Müller, Julian Reich (Foto:sl)

Seit Herbst 2005 arbeiten bei der GSoA Schweiz vier neue Gesichter mit. **Reto Moosmann**, Historiker aus Bern, übernimmt mit einem Pensum von 40 Stellenprozenten Aufgaben im Bereich politisches Lobbying und Vernetzung. Reto ist ein «Rückkehrer», hat er doch bereits tatkräftig bei der Kampagne zu den Initiativen «Schweiz ohne Armee» und «Ziviler Friedensdienst» mitgearbeitet.

Christian Müller, Student der bildenden Kunst, arbeitet zusammen mit **Julian Reich**, Student der Politikwissenschaften, neu auf dem Sekretariat der GSoA in Basel (Anstellung: je 20 Prozent). Beide kümmern sich um die Adressverwaltung der GSoA und übernehmen inhaltliche Aufgaben.

Andreas Weibel, Student der Informationstechnologie und Elektrotechnik an der ETH Zürich, ist LeserInnen der GSoA-Zeitung bereits bekannt, hat er doch an letzten Nummern der Zeitung mitgearbeitet. Er übernimmt mit einem Pensum von 20 Stellenprozenten die Produktion der Zeitung. Die GSoA-Zeitung begrüsst die neuen Mitarbeiter herzlich hat sie nach ihren Zielen in der GSoA befragt:

«Seit der Abstimmung über die zweite Armeeschaffungsinitiative und den freiwilligen Zivilen Friedensdienst hat in der GSoA ein eigentlicher Generationenwechsel stattgefunden und findet immer noch statt. Die vielen neuen Köpfe müssen sich vorerst mal (auch auf persönlicher Ebene) finden, damit die GSoA gut funktionieren kann. Zu diesem Teambildungsprozess möchte ich meinen Anteil beitragen. Auf inhaltlicher Ebene geht es in den nächsten Monaten darum, dass die Diskussionen über die künftigen Arbeitsfelder der GSoA weiter voranschreiten. Auch hier möchte ich mich engagiert in die Diskussionen einmischen und mithelfen, die Perspektiven der GSoA weiterzuentwickeln.» (Reto Moosmann)

«Ich glaube an die Zukunft. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, dass der Irakkrieg nur ein temporärer Rückschlag war in einer

langen Entwicklung zu einer friedlicheren und zivileren Welt. Konflikte werden immer seltener militärisch ausgetragen, sondern fair gelöst. Es werden nicht mehr nur die Symptome, sondern auch die Ursachen der Gewalt angegangen. Die Erkenntnis, dass die Schweizer Armee schon lange nicht mehr nötig ist, wird sich durchsetzen.

Das alles wird jedoch nicht von alleine geschehen. Mit meiner Arbeit bei der GSoA möchte ich die Welt verbessern. Nicht mehr und nicht weniger. Ich möchte mithelfen, dass die GSoA die offene, vielseitige und schlagkräftige Organisation bleibt, die sie ist.» (Andreas Weibel)

«Krieg ist Energieverschwendung. So lange wir unsere Energien dafür missbrauchen, sie in sinnlose Kriege zu investieren, fehlen uns diese, um Konflikte zu lösen. Je früher eine Auseinandersetzung fair ausgetragen wird, umso weniger Energie muss für ihre nachträgliche Bearbeitung aufgewendet werden. Mit diesen freigewordenen Energien könnte so viel Sinnvolleres als Krieg getan werden.

Oder was würden Sie tun, wenn sie über ein Milliardenbudget verfügen könnten? Sicher nicht eine Armee unterhalten, um sich gegen einen Krieg vorzubereiten, der gar nie stattfinden wird. Die Idee der Armee hat ihr Ablaufdatum längst überschritten. Schlecht gewordene Lebensmittel, sollten kompostiert werden, damit etwas Neues daraus wachsen kann. Die GSoA ist ein guter Dünger. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass dies so bleibt.» (Christian Müller)

«Mein Ziel für die Arbeit bei der GSoA ist klar und einfach: Die Armee abschaffen, heute in der Schweiz, morgen in der ganzen Welt! Ich werde mich bemühen, dass die GSoA diesem Ziel ein möglichst grosses Stück näher kommt und meine Mittel dazu aufbringen, die aktuellen Forderungen der GSoA (Entmilitarisierung der inneren Sicherheit, Verbot der Waffenexporte, keine neuen Rüstungsbeschaffungen) wo immer möglich zur Sprache zu bringen. (Julian Reich)

Warum die Waffenexporte verboten gehören

Während die Militärausgaben in den Jahren nach Ende des Kalten Krieges weltweit zurückgingen, steigen sie seit dem 11. September 2001 wieder an und erreichten im Jahr 2004 über eine Billion (1'000 Milliarden) Dollar. Damit befinden sich die Ausgaben beinahe auf dem Rekordniveau von 1988. Über ein Viertel dieser Gelder wurde für Rüstung eingesetzt. Die Schweiz verdient fleissig mit • von Reto Moosmann, Andi Weibel und Tom Cassee.

Im letzten Jahr erreichten die Schweizer Kriegsmaterialausfuhren den höchsten Stand seit 1989. Durch die Ausfuhr von Waffen im Wert von über 400 Millionen Franken erwirtschafteten Schweizer Rüstungsunternehmen satte Profite. Die staatliche RUAG beispielsweise hat ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 3 Prozent gesteigert, ihren Reingewinn gar um 12 Prozent.

Besonders stossend ist das Lizenzgeschäft, das heisst der Verkauf von Bauplänen und Waffentechnologie aus der Schweiz ins Ausland. Die Grössenordnung und damit die Relevanz solcher Geschäfte kann nicht abschliessend beurteilt werden, da Lizenzgeschäfte in keiner Statistik erscheinen. Die gesetzlichen Bestimmungen sind aber ungenügend: Heute können Lizenzgeschäfte mit 22 Ländern ohne Bewilligung getätigt werden. Zudem ist es den

Empfängerländern nicht verboten, die Lizenzen oder die damit gefertigten Waffen in andere Länder weiterzuverkaufen. In der Schweiz entwickelte Waffen können so ohne Kontrolle in Konfliktgebiete gelangen.

Schweizer Waffen im Ausland

Autoritäre Regimes tendieren dazu, ihre finanziellen Ressourcen für den Kauf von Waffen auszugeben, anstatt diese in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu investieren. So war im Jahr 2004 Botswana – ein Land mit einer durch AIDS verursachten Lebenserwartung von lediglich 30 Jahren – zweitgrösster Abnehmer von Schweizer Waffen. Solche Rüstungsausfuhren widersprechen direkt den Zielen der Schweizer Entwicklungspolitik. Schweizer Waffen werden immer wieder in Kampfhandlungen eingesetzt und töten un-

schuldige Menschen. Hierzu gibt es viele gut dokumentierte Beispiele. Vor allem Pilatus-Flugzeuge, welche heute nicht einmal der Kriegsmaterialgesetzgebung unterstehen, wurden immer wieder in bewaffneten Konflikten eingesetzt. Doch auch anderes Schweizer Kriegsmaterial taucht in Krisenregionen auf. So wurde diesen Sommer bekannt, dass sich Schweizer Panzerhaubitzen in Marokko befinden – einem Land, welches sich mit Algerien in einem Konflikt um die Westsahara befindet. Auch die USA und Grossbritannien erhielten und erhalten immer noch Schweizer Waffen – gut möglich, dass diese im «Krieg gegen Terror» zum Einsatz kommen.

Panzerschlachten in Afrika?

Da die Schweizer Armee sich immer mehr vom Konzept der Panzerschlachten verabschiedet und sich technologisch erneuert, werden viele alte Waffen nicht mehr gebraucht und deshalb ausgemustert. Doch anstatt die alten Waffen zu verschrotten, werden diese ins Ausland weiterverkauft. Potentiell interessieren sich für das alte Schweizer Kriegsmaterial hauptsächlich Länder, die technologisch weniger entwickelt sind. So kommt Schweizer Armeeschrott in Diktaturen zum Einsatz und unterstützt autoritäre Regimes, welche Men-

schenrechte missachten. Ohne Skrupel wurden beispielsweise alte Armeewaffen in die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert, geplant sind zudem Ausfuhren von alten Schützenpanzern nach Pakistan.

Die Waffenexportindustrie beschäftigt heute noch gut 1'000 Personen in der Schweiz und tätigt 0,27 Prozent der gesamten Warenausfuhren aus der Schweiz. Ein Verbot aller Waffenexporte wäre somit volkswirtschaftlich problemlos verkraftbar und friedenspolitisch sowie moralisch notwendig.



Die sauberste Lösung für ein schmutziges Geschäft: Das Ausfuhrverbot!

Der Bundesrat sieht sich je länger je weniger an seine Versprechen aus dem Abstimmungskampf um die Waffenausfuhrverbotsinitiative von 1997 gebunden; sogar die besonders problematischen Ausfuhren in Krisen-, Kriegs- und Konfliktgebiete sind für den Bundesrat nicht mehr Tabu. Ein Plädoyer für eine neue Debatte um die Waffenausfuhrpolitik der Schweiz • von Tom Cassee, Andi Weibel und Reto Moosmann

In den vergangenen Monaten hat sich eines deutlich gezeigt: Die aktuell vom Bundesrat verfolgte Waffenausfuhrpolitik ist skandalös. Mit seinen positiven Vorentscheiden für die Rüstungsgeschäfte mit dem Irak, Pakistan, Indien und Südkorea hat der Bundesrat seine aussenpolitische Grundsätze ausser Kraft gesetzt. Zudem haben die Ausfuhren von Waffen aus der Schweiz seit 1995 um 269% zugenommen. Vermehrt gehörten wieder Länder zu den Empfängern von Schweizer Waffen, die es nicht sein dürften. Strittig ist zwar heute, ob solche Ausfuhren mit dem Wortlaut des geltenden Kriegsmaterialgesetzes vereinbar sind. Klar hingegen ist, dass der Bundesrat sein Versprechen aus dem Jahr 1997 gebrochen hat: Im Abstimmungskampf über die Waffenausfuhrverbotsinitiative wurde dem Stimvolk versichert, dass auch im Falle einer Ablehnung der Initiative kein Kriegsmaterial in Krisen- und Kriegsgebiete ausgeführt werde. Tempi passati. Der Bundesrat scheint seine Beteuerungen von damals vergessen zu haben.

Keine Waffen für Kriegstreiber

Die Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundesrates hat seither durch den US-geführten «Krieg gegen Terror» an zusätzlicher Brisanz gewonnen. Seit 1998 hat die Schweiz den USA Waffen für mehr als 200 Mio. Franken geliefert. Auch nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges der USA gegen den Irak hat der Bundesrat seine Position nicht grundsätzlich überdacht und die Ausfuhren nur für wenige Wochen eingestellt. Auch die engen Verbündeten der USA im Krieg gegen den Irak (Italien, Grossbritannien und vormalig Spanien) gehören zu den wichtigsten Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie. Rund ein

Viertel aller Kriegsmaterialausfuhren seit 1998 gingen in eines dieser vier Länder. Dadurch machte sich die Schweiz zur Komplizin der verbrecherischen Politik der so genannten «Achse des Guten», die für den Tod von Tausenden von unschuldigen ZivilistInnen im Irak und Afghanistan verantwortlich ist und die Welt unsicherer macht.

Fragliche Wirkung der parlamentarischen Vorstösse

Die GSoA verfolgt die schweizerische Waffenausfuhrpolitik seit langem. Nach den Beschlüssen des Bundesrates von diesem Sommer zu den Ausfuhren in den Irak, nach Pakistan, Indien und Südkorea intensivierten sich die Diskussionen innerhalb der GSoA. Nicht zuletzt dank der starken friedenspolitischen Kritik, die auch von der GSoA getragen wurde, ist das Irak-Geschäft nicht zu Stande gekommen. Auch die anderen drei Geschäfte können noch verhindert werden, da im Parlament noch Vorstösse hängig sind (vgl. Seite 2). Dass die momentane Entrüstung über die Politik des Bundesrates nachhaltig wirkt, ist aber nicht anzunehmen. Den zwei parlamentarischen Initiativen, die auf die Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes abzielen, wird das bürgerlich dominierte Parlament ohne zusätzlichen politischen Druck kaum zustimmen. Und selbst wenn den geforderten Verschärfungen zugestimmt würde, kann niemand garantieren, dass Schweizer Waffen nicht auf Umwegen doch irgendwo in einem Bürgerkrieg zum Einsatz kommen.

Packen wir das Übel an seiner Wurzel an!

Das Grundproblem also bleibt auch mit einer Anpassung des Gesetzes bestehen: Die einzige

Lösung, die aus friedenspolitischer Sicht wirklich überzeugen kann, ist ein totales Ausfuhrverbot. Das ist moralisch richtig und ökonomisch vertretbar. Nicht nur die ausserparlamentarische Linke steht heute hinter dieser Forderung – auch bürgerliche WählerInnen sehen das ähnlich. Unter dem Eindruck des globalen Kriegs gegen Terror besteht daher heute eine Chance, die Kriegsmaterialausfuhrpolitik der Schweiz neu zu thematisieren. Diese gilt es zu nutzen: Die Koordination der GSoA hat an ihrer Sitzung vom Oktober beschlossen, dass zusammen mit den friedenspolitischen Kräften in diesem Land nach Möglichkeiten eines gemeinsamen politischen Projektes gesucht werden soll, das uns dem Ziel einer Schweiz ohne Rüstungsgüterexporte näher bringt.



Das Kriegsmaterialgesetz und die Verordnung

(rm) Das Kriegsmaterialgesetz KMG unterstellt die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial sowie die Übertragung von Produktionslizenzen einer Bewilligungspflicht (KMG Art. 2). Dabei haben sich die Behörden an die völkerrechtlichen Bestimmungen, die internationalen Verpflichtungen sowie die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz zu halten (KMG Art. 22). Während die zwei ersten Punkte relativ einfach konkretisiert werden können (UNO-Embargos, internationale Konvention), ist der Begriff «ausserpolitische Grundsätze» schwammig. Was darunter zu verstehen ist, wird in der Kriegsmaterialverordnung KMV ausgeführt. Der entscheidende Artikel der KMV (Art. 5) lautet wie folgt:

Bei der Bewilligung von Auslandsgeschäften (...) sind zu berücksichtigen:

- die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität
- die Situation im Innern des Bestimmungslandes; namentlich sind zu berücksichtigen die Respektierung der Menschenrechte und der Verzicht auf Kindersoldaten
- die Bestrebungen der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit
- das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft, insbesondere hinsichtlich der Einhaltung des Völkerrechts
- die Haltung der Länder, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollregimes beteiligen.

Bei der Bewilligung müssen diese Kriterien zwar berücksichtigt werden, ob eine Ausfuhr aber nicht getätigt werden darf, wenn einzelne Kriterien nicht erfüllt sind, ist strittig. Eine Bestimmung, welche die Ausfuhr von Waffen beim Nichterfüllen einzelner Kriterien zwingend unterbinden würde, lehnte das Parlament im Rahmen der Gesetzesrevision im Jahre 1997 jedenfalls ab. Ziel der parlamentarischen Initiativen von Grünen und SP (vgl. Artikel Seite 2) ist es, eine entsprechende Bestimmung im Gesetz zu verankern.

Verluderung der Politik?

Die Ankündigungen des Bundesrates, Schweizer Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete wie den Irak, Pakistan, Indien und Südkorea liefern zu wollen, gab einen Sommer lang zu reden. Welche friedenspolitischen Schritte müssen unternommen werden, um eine Verschärfung des Waffenausfuhrgesetzes zu erreichen? Tom Cassee und Reto Moosmann sprachen mit Barbara Haering, André Daguët und Josef Lang*.

GSoA-Zitig: *Die Entscheide des Bundesrates, Waffen in Konfliktgebiete liefern zu wollen, werfen zahlreiche Fragen bezüglich der Bewilligungspraxis für den Export von Kriegsmaterial auf: Hat sich die Waffenausfuhrpolitik in den letzten Jahren grundsätzlich verändert?*

Barbara Haering: Die Entscheide des Bundesrates vom Sommer 2005 wären vor wenigen Jahren nicht möglich gewesen. Dieser Kurswechsel hat ökonomische und politische Gründe: Seitens der Unternehmen hat der ökonomische Druck auf den Bundesrat in den letzten Jahren zugenommen. Ferner ist der politische, ausserparlamentarische Druck auf die Kriegsmaterialausfuhrpolitik nicht mehr so stark. Vor knapp 10 Jahren, als wir zusammen mit der «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» den Abstimmungskampf für ein generelles

Osten fruchtbar zu machen. Die Neutralität geniesst dort nämlich grosses Ansehen. Der politische Preis, den die Schweiz dafür zahlt, ist im Vergleich zu den finanziellen Erlösen sehr hoch. Die drei Geschäfte sind für die Schweiz finanziell unbedeutend.

André Daguët: Die Frage ist doch, wieso in der Schweiz kein Druck auf die Waffenausfuhrpolitik mehr da ist. Ich stelle fest, dass es nur noch einzelne Gruppierungen gibt, welche Waffenausfuhren grundsätzlich bekämpfen. Im Bundesrat und bei den bürgerlichen PolitikerInnen gibt es kaum mehr ExponentInnen, welche sich in der politischen Pflicht sehen, die Gesetzgebung einzuhalten. Hier zeigt sich eine eigentliche politische «Verluderung». Der Bundesrat ist keine politisch-moralische Instanz mehr. Diese Entwicklung ist verheerend.

Die Schweizer Regierung will sich sicherheitspolitisch ins Schlepptau der USA begeben. (Josef Lang)

Waffenausfuhrverbot führten, hatten wir gute moralische Argumente, die von einem breiten friedenspolitischen Bündnis getragen wurden. Der Druck auf die Politik war deshalb gross und das Parlament sah sich gezwungen, einen indirekten Gegenvorschlag zum Totalverbot auszuarbeiten. So entstand das neue Kriegsmaterialgesetz und Güterkontrollgesetz, das damals im internationalen Vergleich ziemlich gut war. Das neue Gesetz wurde in den ersten Jahren nach Inkrafttreten auch ziemlich restriktiv interpretiert. Schliesslich – und das ist ein weiterer Grund für die weniger restriktive Auslegung – wird heute wegen der Verkleinerung resp. Erneuerung der Armee viel altes Armeematerial ausgemustert. Das erhöht den Druck, Exporte von altem Armeematerial zu bewilligen.

Josef Lang: Es ist klar, dass die von Barbara genannten Faktoren eine Rolle spielen. Ich sehe jedoch ein weiteres Element: Die aussenpolitische Wende der Schweiz hin zu den USA. Die Schweizer Regierung will sich offenbar sicherheitspolitisch ins Schlepptau der USA begeben und sich als Verbündeter der USA im «War on Terror» etablieren. Sowohl die vom Bundesrat im Sommer bewilligte Panzerlieferung in den Irak und nach Pakistan als auch das Rüstungsgeschäft mit Südkorea passen in das aussenpolitische Konzept der USA. Es geht dabei aber hauptsächlich um eine politisch-symbolische Unterstützung. Selbstverständlich haben die USA ein Interesse daran, dass mit den Panzern aus der Schweiz im Irak die militärischen Sicherheitskräfte ausgerüstet werden können. Die USA haben aber ein viel höheres Interesse, die Schweiz und deren Legitimitäts-Ressource «Neutralität» anzuzapfen und für ihre Politik im Nahen und Mittleren

GSoA-Zitig: *Die geplanten Lieferungen in den Irak und nach Pakistan hat der Bundesrat unter Verweis auf die Uno legitimiert: Im Falle Iraks habe die Uno die Ausrüstung der Sicherheitskräfte gefordert. Pakistan werde die M113-Panzer nur für ihre UN-Truppen benutzen. Was ist von dieser Argumentation des Bundesrates zu halten?*

Barbara Haering: Das schweizerische Kriegsmaterialgesetz gilt unabhängig von Uno-Resolutionen. Die Ausfuhrkriterien in der schweizerischen Gesetzgebung haben auf jeden Fall Vorrang vor einem Beschluss der Uno. Ich bestreite nicht, dass im Irak das fehlende Gewaltmonopol ein grosses Problem darstellt und dieses erst – mit Hilfe von aussen – hergestellt werden muss. Mit alten Schweizer Schützenpanzern kann das Gewaltmonopol aber sicherlich nicht hergestellt werden. Die geplante Lieferung der M113-Panzer kann die inner-irakischen Probleme deshalb nicht lösen, im Gegenteil. Beim Pakistan-Geschäft überzeugt mich die bundesrätliche Argumentation, dass Pakistan mit unseren Panzern Uno-Einsätze bestreiten möchte, ebenfalls nicht. Mit den Schweizer Panzern für die UN-Truppen würden die militärischen Streitkräfte im Innern Pakistans entlastet. Das Problematische daran ist, dass Pakistan mit Indien im Kaschmir in Konflikt steht und die Menschenrechte in Pakistan nicht geachtet werden.

In der Waffenausfuhrpolitik zeigt sich eine politische «Verluderung». (André Daguët)

Josef Lang: Ich finde es interessant, dass der Bundesrat mit der Uno argumentiert. Zurecht folgt die Schweizer Bevölkerung dieser Argumentation nicht. Denn vergessen wir nicht: Die nachträgliche Legitimierung der Besetzung des Irak wird auch in der Öffentlichkeit als Kniefall der Uno vor den USA interpretiert. Die Uno, einige europäische Staaten und Millionen von Menschen auf dieser Welt pro-

Josef Lang: Der Bundesrat übergeht heute die rechtlichen Grundlagen. Da die Ausfuhrkriterien so zentral sind, fordert die Grüne Fraktion, dass diese in das Gesetz aufgenommen werden. Zudem verlangen wir eine verbindliche Formulierung und die Aufnahme eines weiteren Ausfuhrkriteriums: Es darf keine Ausfuhren in Länder geben, in denen innerstaatliche Konflikte herrschen.

In vielen Studien wurde nachgewiesen, dass die Rüstungsindustrie in Bezug auf Arbeitsplätze keine sehr produktive Industrie ist. (André Daguët)

testierten ja schon vor Beginn des Krieges gegen die Politik der USA. Als die USA mit ihrer Politik gescheitert waren, musste es die Uno richten.

GSoA-Zitig: *Einige PolitikerInnen gehen davon aus, dass die Beschlüsse gegen das Kriegsmaterialgesetz verstossen. Wie beurteilt Ihr die gegenwärtige rechtliche Lage?*

André Daguët: Artikel 22 des Kriegsmaterialgesetzes besagt, dass Waffenausfuhren, die dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen der Schweiz und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik widersprechen, nicht getätigt werden dürfen. Ausfuhren in Länder, in denen sich ein bewaffneter Konflikt abspielt, fallen zweifellos unter diese Bestimmung. Zudem hat der Bundesrat im Abstimmungskampf über die Waffenausfuhrverbotsinitiative immer wieder geltend gemacht, dass keine Waffenexporte in Krisen- und Kriegsgebiete getätigt würden. Der Bundesrat verletzt somit seine Versprechungen von damals.

Ein weiteres Problem ist, dass gewisse Länder Vertragsbruch begangen haben (vgl. Artikel Seite 6). Das zeigt: Es fehlt an der Entschlossenheit, das Gesetz und einige seiner wichtigsten Grundsätze einzuhalten.

Barbara Haering: Die Ausfuhrkriterien sind in der Verordnung präzise festgehalten, bei konformer Auslegung hätten die Geschäfte abgelehnt werden müssen. Da wir aber kein Verfassungsgericht haben, können wir den Entscheid des Bundesrates nicht überprüfen lassen.

GSoA-Zitig: *Weshalb fordern dann sowohl SP als auch Grüne mit je einer parlamentarischen Initiative die Verschärfung des Gesetzes, wenn dies eigentlich genügend ist?*

Barbara Haering: Die Ausfuhrkriterien sind zweifellos auch gültig, wenn sie in der Verordnung – und nicht im Gesetz – festgehalten sind. Trotzdem fordern wir nun aber mit unserem Vorstoss, dass die Kriterien im Gesetz festgeschrieben werden – und zwar unmissverständlich formuliert, damit in Zukunft kein Interpretationsspielraum mehr besteht.

GSoA-Zitig: *Bei den Geschäften mit Irak und Pakistan handelt es sich um altes ausgedientes Armeematerial. In den nächsten Jahren wird durch die Verkleinerung der Armee noch viel Material ausgemustert. Die SP fordert nun eine stärkere politische Kontrolle beim Entscheid, ob altes Material ausgeführt oder der Verschrottung zugeführt werden soll. Jo Lang verlangt mit einem Vorstoss grundsätzlich die Verschrottung. Habt Ihr hier inhaltliche Differenzen?*

Barbara Haering: Der Entscheid der Behörden, ob alte Waffen verschrottet oder ins Ausland verkauft werden sollen, ist primär eine ökonomische Frage. Unter moralischen Gesichtspunkten wäre die Verschrottung zu befürworten. Diese ist aber teuer.

Josef Lang: Die Vorschläge der SP sind sicher richtig; ich werde sie unterstützen. Ich zweifle aber daran, ob damit das Grundproblem gelöst wird. Der technologische Fortschritt führt dazu, dass Kriegsmaterial immer schneller veraltet. Material, das für die schweizerischen Verhältnisse wertlos geworden ist, ist es auch für diejenigen Länder, die auf einem ähnlichen technologischen Stand sind. Das heisst: Unsere alten Waffen und Waffensysteme sind lediglich für Länder interessant, die tiefere Ansprüche an Waffensysteme haben als wir. Häufig sind diese Länder identisch mit Krisengebieten. Moralisch und politisch ist «verschrotten statt verkaufen» sicher die sauberste Lösung; zudem ist sie ökonomisch vertretbar. Der politische Preis für die Opfer dieser Waffen ist in jedem Fall höher als der ökonomische Preis für deren Verschrottung.

GSoA-Zitig: *Die GSoA hat in der Vergangenheit die Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundes kritisch verfolgt. In diesem Sommer intensivierten sich die Diskussionen innerhalb der GSoA. Dabei wurde auch die Möglichkeit eines totalen Waffenausfuhrverbotes wieder thematisiert. Wie stellt Ihr euch zu diesem politischen Langzeitziel?*

André Daguët: Wir müssen uns doch heute aus gewerkschaftlicher Sicht fragen, welche Bedeutung die Kriegsmaterialexporte volkswirtschaftlich noch haben. In vielen Studien wurde nachgewiesen, dass die Rüstungsindustrie in Bezug auf Arbeitsplätze keine sehr produktive Industrie ist. Die Konversion, d.h. die Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion, muss weiter gehen. Die staatliche RUAG ist zwar auf dem richtigen Weg, aber auch sie muss zusätzliche Anstrengungen

in diese Richtung unternehmen. Wir Gewerkschaften haben kein Interesse mehr, eine Rüstungs- und Rüstungsexportindustrie zu pflegen. Zudem stellt sich die Frage nach der wehrpolitischen Bedeutung der Rüstungsindustrie. Ich bin zwar nicht Sicherheitspolitiker, doch ich glaube nicht, dass wir aus diesem Grund eine Rüstungsindustrie brauchen. Man muss nicht Armeegegner sein, um das so zu sehen.

Josef Lang: Ein Argument, das immer wieder für die Berechtigung von Rüstungsausfuhren gebraucht wird, ist die Armee. Eine Armee – so die Argumentation – brauche eine eigene Rüstungsindustrie. Diese sei nur dann lebensfähig, wenn sie exportieren könne. Als grundsätzlicher Armeegegner überzeugt mich diese Argumentation sowieso nicht. In einem nächs-

André Daguët: Es ist klar, dass uns die Arbeitsplatzsituation immer beschäftigt. Für die Leute ist es entscheidend, ob sie Arbeit haben. Aber für die Gewerkschaften wurde schon in den 90er Jahren klar, dass durch die Armeereformen im Rüstungs- und Armeebereich massiv Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir sagten, dass dieser Prozess frühzeitig diskutiert werden müsse, damit die Konversion auf zivile Produktion möglich wird. Für mich ist klar, dass beim Rüstungsexport und auch bei den Beschaffungen der Armee das Arbeitsplatzargument nicht mehr zählt. Nicht einmal mehr die betroffenen ArbeitnehmerInnen selber glauben an die vielen Versprechungen, denn sie sind nicht erfüllt worden.

GSoA-Zitig: Was ist gegenwärtig zu tun in der Waffenausfuhrpolitik?

Wir brauchen keine eigene Rüstungsindustrie. (Barbara Haering)

ten Schritt sollten wir deshalb daran gehen, das Ziel einer Schweiz ohne Rüstungsexporte zu fordern. Dafür braucht es eine Volksinitiative und für eine solche braucht es viel Herzblut. Herzblut aber fliesst fürs Grundsätzliche leichter als fürs Pragmatische.

Barbara Haering: Das Konzept der SP zur Armee sieht eine sehr abgespeckte Sicherheitsinstitution vor, welche mit Landesverteidigung nichts mehr am Hut hat. Ich finde, dass es Gründe gibt, die Lufthoheit sicherzustellen und die Armee für Friedensmissionen im

Barbara Haering: Die SP verfolgt eine Strategie auf vier Ebenen: Erstens müssen wir mit dem Druck der Medien die vier genehmigten Exporte stoppen. Zweitens müssen wir auf dem parlamentarischen Weg versuchen, die gesetzlichen Grundlagen zu verbessern. Drittens müssen wir versuchen, den politischen, ausserparlamentarischen Druck zu verstärken und zu organisieren. Um im Parlament das Gesetz verschärfen zu können, brauchen wir den Druck von aussen. Die Geschäftsleitung der SP hat daher entschieden, dass sie mit friedenspolitischen Organisationen eine Tagung

Ein Initiativprojekt könnte viel Energie freisetzen. (Josef Lang)

Rahmen der Staatengemeinschaft auszurüsten. Dafür brauchen wir aber keine eigene Rüstungsindustrie, allenfalls benötigen wir Know-How, um unsere eigenen Rüstungsgüter anzupassen oder zu reparieren. Die Aufgabe der schweizerischen Rüstungsindustrie würde uns zwar bei der Beschaffung in eine zunehmende Abhängigkeit vom Ausland bringen. Realistisch gesehen sind wir aber heute schon abhängig. Ich würde aber warnen, nun

zu diesen Fragen organisieren will. Viertens müssen wir die Konversion der Rüstungsbetriebe auf die zivile Produktion weiter vortreiben. Wir müssen aufzeigen, wie in den betroffenen Regionen zivile Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Josef Lang: Eine Initiative macht nur in einem breiten Bündnis Sinn. Wir müssen versuchen, die Menschen in der Frage der Waffenausfuhr

Ich würde warnen, nun vorschnell eine neue Waffenausfuhrverbotsinitiative zu lancieren. (Barbara Haering)

vorschnell eine neue Waffenausfuhrverbotsinitiative zu lancieren. Zuerst müssen wir wieder eine Bewegung organisieren.

GSoA-Zitig: Für die Diskussionen über ein totales Waffenausfuhrverbot spielt die Arbeitsmarktsituation eine zentrale Rolle. André, der SMUV, für den Du früher gearbeitet hast, sowie der Schweizerische Gewerkschaftsbund haben 1997 bei der Waffenausfuhrverbotsinitiative die Stimmfreigabe beschlossen. Wie seht Ihr die Situation heute?

ren wieder zu mobilisieren. Die Erfahrung zeigt aber, dass Aktivität auch ein Ziel braucht. Das hat sich gerade auch in diesem Sommer wieder gezeigt: Die geplanten und öffentlich diskutierten Ausfuhren stiessen auf breite Ablehnung. Es gab aber keine Möglichkeit, diesen Protest organisatorisch umzusetzen und politisch fruchtbar zu machen. Wenn wir in der Schweiz politische Ziele umsetzen wollen, so geschieht dies meist in der Form von Volksinitiativen. Ein Initiativprojekt könnte viel Energie freisetzen



Barbara Haering, SP-Nationalrätin, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, war im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) an der Lancierung der letzten Initiative für ein Verbot der Waffenausfuhr (1997) beteiligt. Sie wird im Parlament die parlamentarische Initiative der SP-Fraktion zur Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes vertreten (siehe Seite 2). **André Daguët**, Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft Unia und SP-Nationalrat, vertritt die Interpellation, mit der die SP den sofortigen Ausfuhrstopp in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) fordert. **Jo Lang**, GSoA-Vorstand, Nationalrat der Alternativen des Kantons Zug und Vertreter der Grünen Fraktion in der Sicherheitspolitischen Kommission, verfasste eine Motion, mit welcher die Verschrottung von altem Armeematerial gefordert wird, sowie eine parlamentarische Initiative der Grünen für die Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes.

Peter Niggli, Du vertrittst mit der Alliance Sud die grossen Hilfswerke der Schweiz. Unter entwicklungspolitischen Organisationen läuft auf internationaler Ebene die Diskussion über die negativen Auswirkungen von Waffenausfuhren. Kannst Du kurz zusammenfassen, um was sich die Diskussion dreht?

Auslöser aller Debatten ist der grosse Anteil, den die Militärausgaben in den Budgets der Entwicklungsländer einnehmen. In vielen Ländern geht dies auf Kosten der zivilen Staatsleistungen, von der Infrastruktur bis zum Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Ohne dies zu verändern, lässt sich schwer vorstellen, dass diese Regierungen die Konvention der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte oder die Armutsbekämpfungsziele der Millenniumserklärung praktisch umsetzen können, obwohl sie sich dazu verpflichtet haben. Die Entwicklungsorganisationen der Industrieländer versuchen deshalb, die Ausfuhrpraxis der Waffenexportländer zurückzubinden. Auch die Exportländer haben sich völkerrechtlich verpflichtet und wären gehalten, ihre Exportentscheide von den Chancen einer nachhaltigen Entwicklung, der Umsetzung der Millenniumsziele und dem Stand der Realisierung der politischen und sozialen Menschenrechte in den Käuferstaaten abhängig zu machen. Grosse internationale NGOs, darunter Oxfam oder Amnesty International, arbeiten zu diesem Zweck im Rahmen des *International Action Network on Small Arms* an einem internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty). Die Initianten kritisieren, dass bestehende weichere Abkommen der OECD oder EU zur Kontrolle der Waffenausfuhren in Entwicklungsländer nur mangelhaft oder überhaupt nicht in die Exportbewilligungspraxis der Unterzeichnerstaaten eingeflossen seien. Sie schlagen deshalb zusammen mit dem Arms Trade Treaty eine Methodologie vor, welche Exportbewilligungsinstanzen anwenden könnten und welche, wenn einigermassen strikt angewandt, vielen Waffenexporte die Bewilligungsgrundlage entzogen hätte.

Werden die Hilfswerke in diesem Bereich wieder verstärkt politisch aktiv?
Die Möglichkeit eines politischen Engagements besteht. Deshalb beteiligen wir uns an der Initiative von Amnesty International Schweiz, nächstes Jahr die Idee des Arms Trade Treaty in der Schweiz vorzustellen. Dann sehen wir weiter.

Peter Niggli ist Geschäftsleiter von Alliance Sud und Bereichsleiter Entwicklungspolitik. Das Ziel von Alliance Sud (vormals Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke) ist es, die Politik der Schweiz zugunsten der armen und entrechteten Menschen dieser Welt zu beeinflussen. Alliance Sud wird von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks getragen.



24'249 Unterschriften gegen Rüstungsgeschäfte

Während der Herbstsession 2005 wurde die Petition für einen Stopp des Waffenhandels zwischen der Schweiz und den Staaten des Nahen Ostens eingereicht. Der Nationalrat zeigte sich unbeeindruckt, die Diskussion geht weiter • von Samuel Durrer

Den ganzen Sommer über hat die GSoA zusammen mit einem breiten Bündnis anderer Organisationen eine Petition für ein Rüstungsmoratorium mit den Staaten des Nahen Ostens gesammelt. Am 29. September konnten die 24'249 Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben werden. Das Ziel der Petition war es, Druck auf das Parlament aufzubauen, um die geplante Rüstungsbeschaffung aus Israel zu verhindern. Der Nationalrat zeigte sich unbeeindruckt und stimmte mit 114:61 Stimmen für den Kauf des umstrittenen Funkaufklärungs- und -störsystems IFASS, das Komponenten aus Israel im Wert von 150 Millionen Franken enthält. Der Ständerat muss über das

Rüstungsprogramm erst in der Wintersession befinden, es ist aber nicht damit zu rechnen, dass die Beschaffung noch verhindert wird. Mit der Petition konnte eine breite Öffentlichkeit auf die Rüstungsgeschäfte der Schweiz mit Israel und anderen Staaten des Nahen Ostens aufmerksam gemacht werden. Die Petition muss nun in den zuständigen Kommissionen der Räte behandelt und vom Plenum abgeschrieben (oder umgesetzt) werden. Auch wenn die Beschaffung des IFASS-Systems damit eine wahrscheinliche Sache ist, wird das Thema der Rüstungszusammenarbeit mit Staaten des Nahen Ostens auch in Zukunft aktuell bleiben. Spätestens mit der Be-

handlung des Postulates von Jo Lang, das die Sistierung des Waffenhandels mit allen Staaten, die in den Nahostkonflikt involviert sind, fordert, wird sich auch das Parlament wieder mit der wachsenden Öffentlichkeit, die diese Geschäfte ablehnt, auseinandersetzen müssen.



Während in ihrem Rücken Waffengeschäfte stattfinden, schauen die humanitäre Schweiz und die internationale Gemeinschaft weg. GSoA-AktivistInnen bei der Einreichungsaktion zur Petition. (Foto: db)



Vertrauen statt Kontrolle?

Eine Studie des Oberarztes des forensischen Dienstes am Kantonsspital Luzern, Andreas Frei, hat unlängst auf den hohen Anteil von mit Armeewaffen verübten Selbstmorden hingewiesen: Von 450 in den Jahren 1992 bis 1996 gezählten Suiziden in den Kantonen Basel Stadt und Land gingen ganze 12 Prozent auf das Konto von Armeewaffen, so der Befund. Die Zahlen seien wissenschaftlich plausibel verallgemeinerbar.

So tun wir das doch: Allein im Jahr 2000 etwa zählte das Bundesamt für Statistik insgesamt 1378 Suizide (979 Männer, 399 Frauen). Das würde heissen, dass sich 165 SchweizerInnen (12 Prozent) mit einem Sturmgewehr oder einer Pistole der Armee ihres Lebens entledigt haben. Bezieht man nur die Männer in die Rechnung mit ein, so bleiben immerhin noch 117 Getötete. Wissenschaftlich plausibel mag das sein, aber gesellschaftlich?

Betrachtet man zudem die aussagekräftige BfS-Statistik zu den potentiellen Lebensjahren, die durch einen Selbstmord eines jungen Menschen «verloren» gehen, so werden die Zahlen erst recht schockierend: Der Schweizer Mann verliert durch Selbsttötung insgesamt 20'515 potentielle Lebensjahre (im Jahr 2000). Laut der Studie von Dr. med. Frei töten sich meist erfolgreiche junge Männer zwischen 20 und 35. Gehen wir also von einem 28-jährigen männlichen Durchschnittsbürger aus, der auf ca. 50 Jahre Leben verzichten will: 117 armeerangehörige Suizidopfer verlieren so zusammen ca. 5874 potentielle Jahre. Und das jedes Jahr von neuem.

Die Armee weiss von alledem nichts. «Wir führen keine Statistiken über Suizidfälle mit Dienstwaffen. Spezialisten sagen, dass Leute, die sich das Leben nehmen wollen, so oder so eine Lösung suchen würden», so Armeesprecher Felix Endrich. Ja, suchen würden sie schon, nur das Finden wäre um einiges schwieriger, wäre das Sturmgewehr nicht im Estrich, sondern in der Kaserne.

Doch «das Aufbewahren der Waffe zu Hause ist nicht nur mit Tradition verbunden, sondern auch mit Wehrwillen, Vertrauen des Staates in die Bürger, Bereitschaft, usw.» (Endrich).

Ach ja, natürlich, wie konnte ich das vergessen, wir leben doch in einer Gesellschaft des Vertrauens!

Julian Reich

Waffendrehscheibe VAE

(sl) Den Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wird nachgesagt, als internationale Waffendrehscheibe zu fungieren. Trotzdem hat die Schweiz seit 1990 Waffen im Wert von mehr als 70 Millionen Schweizer Franken in das Land geliefert (vgl. GSoA-Zitig Nr. 117). Diesen Sommer gaben zwei Lieferungen von Waffen in das Land zu reden: Zum einen musste der Bundesrat zugeben, dass 180 Schützenpanzer des Typs M113, die an die VAE geliefert werden sollten, für die Weiterlieferung in den Irak vorbestimmt waren. Zum andern waren die 40 Panzerhaubitzen M109, die der Bundesrat im Jahr 2004 an die VAE geliefert hatte, plötzlich – und entgegen den Vereinbarungen – in Marokko aufgetaucht.

Da stellen sich natürlich Fragen nach der Verlässlichkeit dieses Geschäftspartners, zumal vermutet wird, dass die Waffendeals auf Veranlassung der USA eingefädelt werden: Marokko, die VAE und die neue irakische Regierung sind Stützen im US-amerikanischen «Krieg gegen Terror». GSoA-Nationalrat Jo Lang hat daher im September dieses Jahres einen Vorstoss eingereicht, der vom Bundesrat einen unbefristeten Ausfuhrstopp für die VAE verlangt.

Auch ohne die dubiosen Waffendeals des Landes müsste der Bundesrat die Waffenlieferungen in die VAE eigentlich untersagen: Das Bonner International Center for Conversion (BICC) kam unlängst in einer Analyse der Menschenrechtssituation des Landes zum folgenden Schluss: «Die VAE erfüllen die Mindestanforderungen an einen demokratischen, freiheitlichen Staat nicht.»

Schweizer Bomben in der Wüste Negev

Viel wurde in den vergangenen Monaten über die Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Ländern des Nahen Ostens geschrieben. Im Zentrum standen dabei die Panzerexporte in den Irak, nach Pakistan und Marokko. Aber auch die militärische Kooperation mit Israel muss hinterfragt werden • von Andreas Weibel

Im Jahr 1955 beschloss der Bundesrat, keine Waffen mehr nach Israel/Palästina zu liefern. Solche Rüstungstransfers würden zu offensichtlich den Grundsätzen von «Neutralität und Humanitärer Tradition» der Schweiz widersprechen. Aber nicht nur die direkte Versorgung mit Kriegsmaterial kann eine militärische Auseinandersetzung anheizen, auch die indirekte Unterstützung des rüstungsindustriellen Komplexes einer Kriegspartei kann zur Verlängerung eines Konfliktes beitragen.

Die Schweiz pflegt mit kaum einem anderen Land eine innigere rüstungstechnische und militärische Zusammenarbeit als mit Israel. Die Kooperation verläuft auf verschiedenen Ebenen: Seit Jahrzehnten arbeitet die Schweizer Armee im Bereich des Nachrichtendienstes und der Ausbildung eng mit Israel zusammen und sie kauft einen ansehnlichen Teil ihres Materials dort ein. Ausserdem entwickeln verschiedene Schweizer Rüstungsfirmen gemeinsam mit israelischen Militärunternehmen Kriegsmaterial.

Gemeinsame Waffenentwicklung

Öffentlich bekannt wurden in den letzten Jahren rüstungstechnische Kooperationen israelischer Firmen mit Schweizer Unternehmen – wie zum Beispiel mit Siemens Schweiz, Ascom, Oerlikon Contraves und vor allem mit

dem staatlichen Rüstungsbetrieb Ruag. Seit dem Jahr 2000 unterhält die Israel Aircraft Industries (IAI) am Sitz von Ruag Aerospace in Emmen ein Verbindungsbüro. Viel zu reden gab die gemeinsame Entwicklung von Überwachungs-Drohnen der Ruag mit IAI.

Ein anderes Rüstungsprojekt der Ruag – nun zusammen mit der Firma Israel Military Industries – ist die Entwicklung sogenannter «Cluster-Bomben». Diese spezielle Artilleriemunition hinterlässt aussergewöhnlich viele Blindgänger und ist deshalb selbst nach dem Ende einer bewaffneten Auseinandersetzung eine lebensbedrohende Gefahr für die Zivilbevölkerung (vgl. GSoA-Zeitung Nr. 112).

Schweizer Bomben bedrohen Beduinen

Selbst die Schweizer Armee hat beschlossen, dass in den Schiessgebieten hierzulande keine Cluster-Munition verschossen werden darf, da die Gefährdung «für Wanderer, Viehherden und Jäger» durch die nicht explodierten Bombenteile zu gross sei. Stattdessen konnten die Ruag und die Schweizer Armee die Munition auf Übungsplätzen der israelischen Armee in der Negev-Wüste testen. Diese Übungsplätze befinden sich im Lebensraum der beduinischen Minoritätsbevölkerung Israels. Diese Regionen wurden vor Jahren zwangsenteignet und sind nun im Prinzip Sperrgebiete.

Dennoch kommt es immer wieder zu Unfällen, bei denen nomadische Beduinen durch Blindgänger verletzt oder getötet werden.

Waffenkäufe

Allein seit 1990 hat die Schweizer Armee in Israel verschiedene Arten von Munition, Führungssimulatoren, Festungsartillerie-Anlagen, Aufklärungsdrohnen, operative und taktische Aufklärungssysteme und Feuerleitsysteme gekauft. Insgesamt gab sie dafür rund 1,5 Milliarden Franken aus und gehört damit zu den wichtigsten Kunden der israelischen Rüstungsindustrie.

Im Oktober hat der Nationalrat gegen den Widerstand von SP und Grünen dem Kauf eines weiteren Waffensystems aus Israel – einem rund 400 Millionen teuren Funkabhörsystem – zugestimmt (siehe nebenstehenden Artikel). Das Rüstungsprogramm muss zwar noch vom Ständerat gebilligt werden, mit grosser Wahrscheinlichkeit wird dieser sich jedoch nicht gegen den umstrittenen Waffenkauf stellen.

Das Ziel der Forderung nach einem Ende der militärischen Zusammenarbeit mit Israel ist es einerseits, eine weitere Stärkung des militärischen Sektors gegenüber der israelischen Zivilgesellschaft zu verhindern. Andererseits soll damit ein politisches Zeichen gesetzt werden, welches die israelische Regierung – bezüglich des Konfliktes um Palästina – zur Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechtskonventionen bewegen soll. Die Schweiz soll mit einem Waffenausfuhrverbot in alle Länder des Nahen Ostens drittens zu einer Befriedung der Region beitragen.

Sport, Gewalt und Staatsschutz

Demnächst kommen Gesetzesänderungen ins Parlament, welche der Gewalt an Sportveranstaltungen mit staatsschützerischen Massnahmen den Kampf ansagen und Gewaltpropaganda ganz allgemein bekämpfen möchten. Eine Entwicklung, die genau verfolgt werden muss • von Christine Scheidegger

Ältere Semester mögen sich vielleicht noch erinnern. Im Nachgang zur Parlamentarischen Untersuchungskommission, welche die Fichenaffäre unter die Lupe nahm, wurde eine rechtliche Grundlage für den diskreditierten Staatsschutz geschaffen. 1997 wurde das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) von der Bundesversammlung verabschiedet. An sich sinnvolle Aufgaben des Gesetzes sind die Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Handel mit radioaktivem Material und gewalttätigem Extremismus. Der politisch heikle Punkt ist der Umgang mit «der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus». Das Referendum gegen das BWIS kam knapp nicht zustande, sodass es 1998 nur zur Abstimmung über die Volksinitiative «S.o.S. Schweiz ohne Schnüffelpolizei» kam, die abgelehnt wurde.

Theoretische Verbote...

Im heute gültigen BWIS ist die politische Überwachung theoretisch verboten, ein Schlupfloch ist jedoch vorhanden. Die Überwachung politischer Tätigkeit ist erlaubt, wenn der «begründete Verdacht besteht, dass eine Organisation oder ihr angehörende Personen die Ausübung der politischen Rechte oder der Grundrechte als Vorwand nehmen, um terroristische, nachrichtendienstliche oder gewalttätig extremistische Tätigkeiten vorzubereiten oder durchzuführen». In der Regel kann eine Privatperson nicht in die eigene, allenfalls vorhandene Fiche Einsicht nehmen. Damit entfällt ein wichtiges Korrektiv, welches eine Überprüfung möglich machen würde, ob die «Informationen» Tatsachen entsprechen und ob die politische Betätigung überwacht wird. Zu einem eindeutigeren Schutz von Meinungsfreiheit und politischer Betätigung

frei von staatlicher Überwachung konnte sich das Parlament aber nicht durchringen. Soweit die heutige Rechtslage. Nun soll das BWIS, auch im Hinblick auf die Fussball-Europameisterschaft 2008 geändert werden: Zum einen soll das Gesetz um die Aufgabe der Bekämpfung von Gewalt an Sportveranstaltungen erweitert werden. Zum anderen sollen zwei neue vorbeugende Massnahmen eingeführt werden: die präventive Beschlagnahme von Propagandamaterial mit Gewaltaufwurf sowie ein ganzes Bündel von Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Das Massnahmenbündel für die Bekämpfung der Gewalt an Sportveranstaltungen umfasst eine Datenbank, in der Personen mit Stadionverbot oder sonst im Zusammenhang mit Gewalt an Sportveranstaltungen richterlich beurteilte gespeichert werden können. Diese Datenbank ist der Polizei und dem Grenzschutzkorps zugänglich. Die vier anderen neuen Massnahmen sind Rayonverbote, Ausreisebeschränkungen, Melden beim Polizeiposten (Meldeauflagen) und als schwerste Massnahme Polizeigewahrsam während der Sportveranstaltung.

... und praktische Willkür

Gewalt kann kaum gerechtfertigt werden. Unter dem Deckmantel «Gewaltbekämpfung» könnte es aber zu einer Aufgaben- und Kompetenzerweiterung des Staatsschutzes kommen. Heute auf Sportveranstaltungen, morgen gegen weitere kriminalisierbare Bevölkerungsteile.

Mehrere Entwicklungen sind an diesen neuen Gesetzesbestimmungen problematisch. Erstens beruhen Massnahmen wie Stadion- oder Rayonverbot auf der Voraussetzung, dass niemand zu Unrecht erfasst wird. Dass dies un-

wahrscheinlich ist, zeigt das Beispiel des Fussballspiels YB-GC vom 2.11.2005. Nach einer Rangelei zwischen einigen Fans und Sicherheitskräften wurde der Bus, in dem sich unter anderen Personen diese Fans befanden, auf der Heimfahrt angehalten. Die 50 Insassen des Busses wurden kontrolliert und nun droht allen ein Stadionverbot.

Die zweite fragwürdige Entwicklung ist der in der Vernehmlassung von Kantonen und Parteien geäusserte Wunsch, das Massnahmenbündel – also Rayonverbote, Ausreisebeschränkungen, etc. – auszuweiten auf Gewalt anlässlich von Demonstrationen. Die Gefahr der Willkür wird sehr real, wenn Staatsschützer und Polizei darüber entscheiden, wer an politischen Veranstaltungen nicht teilnehmen darf, aufgrund von für Einzelpersonen nicht überprüfbaren Informationen in Fichen. Dies hat im Rahmen der Proteste gegen WEF- und G8-Veranstaltungen bereits stattgefunden und wird mit einer Gesetzesgrundlage für Rayonverbote, Meldeauflagen, Reiseverbote und Polizeigewahrsam politisch noch gefährlicher. Der Zombie Staatsschutz steht wieder auf. Die dritte Entwicklung, die im Parlament Ungutes befürchten lässt, sind in der Vernehmlassung geäusserte Forderungen nach

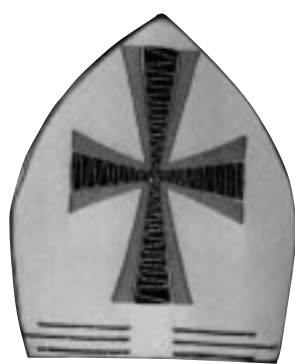
«ausgewogenen» Massnahmen gegen rechts- und linksausen. Verschiedene politische Lager haben unterschiedliche Definitionen von gewalttätigem Extremismus: Wenn das Spraying einer Parole auf eine Fassade nicht mehr als Sachbeschädigung geahndet, sondern über das Anlegen von Fichen als staatsgefährdend deklariert wird, droht neben einem unpraktikablen Extremismusbegriff auch ein überbordender Staatsschutz.

Als letzter Punkt ist noch die internationale Entwicklung zu erwähnen: Einige Länder führten im «Kampf gegen Terrorismus» Gesetze ein, die es der Polizei erlauben, Personen während Monaten einzusperren, ohne ihnen Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen. Und bereits werden die «Antiterrorgesetze» auch auf andere Menschengruppen ausgeweitet, etwa in England auf radikale Tierschützer. Der Rechtsstaat, u.a. die gerichtliche Überprüfung von Anschuldigungen, ist eine Grundvoraussetzung für die liberale Demokratie. Das Einsperren von Personen ohne Anklage öffnet der Willkür einzelner Beamter Tür und Tor. Wird die Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt, ist nichts weniger als die demokratische Gesellschaft bedroht.

Zusammenarbeit Militär-Polizei

(db) Immer häufiger erfüllen Schweizer Soldaten Polizeiaufgaben. Das bringt neben den grundsätzlichen politischen Problemen, etwa der erodierenden Gewaltentrennung, auch praktische Schwierigkeiten. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des VBS und der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) soll daher in den nächsten Monaten «die in einigen Aufgabenbereichen bestehenden Abstimmungsprobleme zwischen der Polizei und der Armee bereinigen». Genannt werden nicht nur die gemeinsamen Einsätze von Armee und Polizei, sondern auch die Zusammenarbeit in der Ausbildung. Ein politisches Gremium aus VertreterInnen von VBS und KKJPD soll bis Mitte 2006 Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

Unmut scheint besonders bei der Polizei zu bestehen: So hatte sich etwa der Verband der Schweizerischen Polizeibeamten (VSPB) wiederholt gegen die «schleichende Militarisierung der Polizei» ausgesprochen. Bereits vor einem Jahr hielt er in einer Medienmitteilung zur gemeinsamen Ausbildung von ziviler Polizei und Militärpolizei in St. Maurice im Wallis fest, dass «die geplante Durchmischung von Polizei und Armeemangehörigen dem föderalistischen System der Schweiz widerspricht».



US-Propaganda in der Jugendsession

Wie einige pensionierte Geheimdienstler versuchen, die Herzen der europäischen Jugend für den amerikanischen «Krieg gegen den Terror» zu erobern und dabei auch an der eidgenössischen Jugendsession die Angst vor Terroranschlägen zu schüren suchten: Psychologische Kriegsführung an einem praktischen Beispiel • von Andreas Weibel.

Die heutigen Kriege – so heisst es – werden nicht mehr auf Schlachtfeldern gewonnen, sondern in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Im Jahre 2002 beschloss die US-Regierung, eine Behörde – das «Office for Strategic Influence» – zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, heimlich die öffentliche Meinung in feindlichen und befreundeten Staaten im Sinne der USA zu beeinflussen. Nach weltweiten Protesten wurde die Idee offiziell fallengelassen. Ein Jahr später lancierte eine bis dahin gänzlich unbekannt Organisation namens «European Security Advocacy Group (ESAG)» eine Inseratekampagne in vielen der wichtigsten Zeitungen Europas, welche in einigen Ländern durch Fernsehspots ergänzt wurde*. Das Ziel der Kampagne war nicht zu übersehen: Die Europäer sollten sich an der Seite der USA in den «Krieg gegen den Terror» einreihen.

Instrumentalisierung der Angst

Sowohl die Inserate wie auch die TV-Werbung versuchten, ein subtiles Angstgefühl zu

erzeugen: Überall und jederzeit könnten, so die Botschaft, islamistische Terroristen zuschlagen. Terrorismus sei wie ein Tumor, die Zellen verbreiteten sich unbemerkt, bis sie ihre tödliche Wirkung entfalten. Die Message ist eindeutig: Die Länder Europas sollen ihre Gesetze im Innern verschärfen und gegen Aussen kompromisslos gegen die islamistische Bedrohung antreten. Eine solche Instrumentalisierung der Angst zur Rechtfertigung von Repression und Angriffskriegen ist ein klassisches Mittel der psychologischen Kriegsführung, von dem auch während dem Kalten Krieg ausgiebig Gebrauch gemacht wurde.

Die fünf Inseratewellen dürften Millionen gekostet haben. Die ESAG gibt nicht bekannt, wie sie sich finanziert – angeblich weil die Geldgeber Angst vor Repressalien haben. Unterdessen wurde jedoch bekannt, dass hinter der Organisation eine amerikanische PR-Agentur namens «Vale International» steht. Deren Besitzer, Norman Vale, war früher CIA-Agent in Deutschland. Auch ein weiterer der wenigen bekannten Vorstreiter der ESAG,

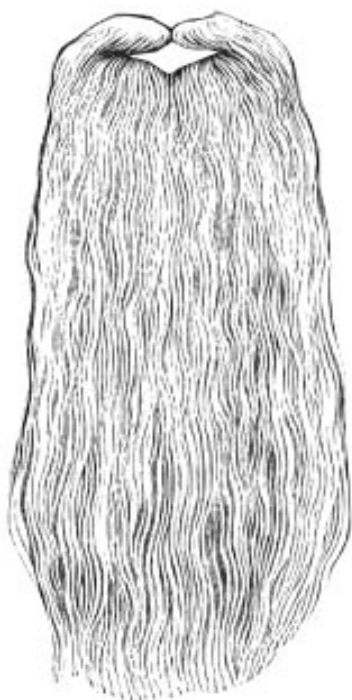
Jochen Denso, pflegt enge Kontakte zu Nachrichtendienst-Kreisen. In seinem Online-Magazin warnt er vor schmutzigen Nuklearwaffen und einer «schleichenden Islamisierung Europas».

Strategisches Ziel: Die Jugend

Ebendieser Jochen Denso nahm am 3. November dieses Jahres an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der eidgenössischen Jugendsession zum Thema «Terrorismus und Medien» teil. Die Diskussionsveranstaltung wurde initiiert und finanziert von der ESAG. Offenbar hat es sich die Organisation zum Ziel gesetzt, mit der Terror-Sensibilisierung bei der europäischen Jugend zu beginnen. Schon vor einigen Monaten führte die ESAG unter Deutschlands Schülerzeitungen einen Wettbewerb für den besten Artikel über Terrorismus durch.

Die TeilnehmerInnen der Jugendsession liessen sich jedoch nicht beirren: In ihrer Schlusspetition wird nicht der Kampf, sondern der Dialog der Kulturen als Antwort auf Terrorismus genannt. Und ganz nebenbei forderten die Jugendlichen in der Schlusspetition auch die Abschaffung der Schweizer Armee und eine Stärkung der zivilen Friedensförderung.

* Die ESAG-Spots, welche in Norwegen ausgestrahlt wurden, können unter <http://blog.bearstrong.net/001461.html> betrachtet werden. Wer sich für Propaganda interessiert, wird daran seine/ihre helle Freude haben.



Schwerter zu Sandsäcken

Während der Überschwemmungen im August kam auch die Schweizer Armee zu einem Hilfseinsatz. Solcherlei Katastrophenhilfe durch das Militär wird von vielen BürgerInnen begrüsst, auch von ArmeegegnerInnen. «So machen sie wenigstens etwas sinnvolles», hört man oft. Wer den Katastrophenschutz jedoch ernst nimmt, sollte darin mehr sehen als eine Beschäftigungstherapie • von Felix Birchler

Nicht die diffuse Angst vor Terroranschlägen hat die SchweizerInnen in den letzten Jahren am meisten verunsichert, sondern die stärker und häufiger werdenden Naturkatastrophen. So lautet eine der zentralen Schlussfolgerungen der jüngsten Univox-Studie zum Thema Verteidigung und Sicherheit (nachzulesen beim gfs-Institut für Markt- und Sozialforschung: www.gfs-zh.ch). Nicht Rucksackbomber und Flugzeugentführer machen immer mehr Menschen Angst, sondern Überschwemmungen, Erdbeben oder Stürme.

Darüber hinaus fragte die Univox-Studie auch nach der Einstellung der Bevölkerung zur Armee im Allgemeinen und zu deren Katastropheneinsätzen im Besonderen. Dabei begrüssten erstaunliche 98% der befragten Personen die militärischen Katastropheneinsätze im Inland, während lediglich 71% der Meinung sind, die Schweiz müsse überhaupt eine Armee unterhalten. Die Einsätze der Armee bei Naturkatastrophen sind also unumstritten und werden auch vom Grossteil der ArmeekritikerInnen und ArmeeabschafferInnen gutgeheissen.

Sandsäcke stapeln zu PR-Zwecken

Auch die Armeeführung hat die Popularität solcher Einsätze erkannt und bei den Überschwemmungen im Sommer 2005 eine eigentliche PR-Kampagne gestartet, der im typischen Militärjargon der Name «Aqua 0805» verliehen wurde. Die Hauptmessage: die Armee ist unverzichtbar, wenn es in der Schweiz zu Naturkatastrophen kommt. Nur sie verfüge über die Logistik, um komplexe Hilfseinsätze bei Unwettern zu planen und durchzuführen. Stolz verkündete das Militär, es würde über Baugerät und Wasserpumpen verfügen, die bei den zivilen und lokalen Rettungskräften nur ungenügend vorhanden sind. Die Armee bezieht aus solchen Einsätzen den letzten Rest ihres zusammengeschmolzenen Ansehens bei der Bevölkerung.

Bei genauerer Betrachtung muss man aber zum Schluss kommen, dass kritiklose Zustimmung zu diesen Einsätzen fehl am Platz ist. Zwar ist es durchaus einleuchtend, dass eine Armee im Hilfseinsatz sinnvoller ist, als eine Armee die überhaupt sinnlos ist. Allerdings sollte dies nicht die Tatsache verdecken, dass die blossе Existenz der Armee der zivilen Katastrophenhilfe wichtige Mittel entzieht. Statt Milliarden in eine überflüssige Armee zu buttern und zu hoffen, dass das verschwendete Geld wenigstens ein paar Soldaten zum Geröll wegschaulen bringt, wäre es wesentlich sinnvoller, mit bedeutend weniger finanziellen

Mitteln, ein gut ausgebildetes, ziviles Katastrophenhilfekorps aufzubauen. Wenn die Armee heute teilweise mit besserem Material ausgerüstet ist als die zivilen Katastrophenschützer, so bedeutet das nicht, dass deswegen die militärische Katastrophenhilfe noch stärker ausgebaut werden muss. Im Gegenteil: die Unterdotierung der zivilen Katastrophenhilfe muss kompensiert werden und nichts liegt näher, als dafür die Ressourcen frei zu machen, die heute in der Armee versickern. Nur dies wäre eine seriöse Antwort auf die steigenden Ängste der Schweizer Bevölkerung vor Umweltverheerungen.

Verzweifelte Suche nach Daseinsberechtigung

Dem amerikanischen Soziologen Andrew Lakoff folgend, lassen sich zwei Arten von Sicherheit unterscheiden.

Die erste Form ist die nationale Sicherheit. Der Nationalstaat versucht seine territoriale Integrität vor äusseren Angriffen zu schützen und kann dabei gegebenenfalls auch zur Anwendung militärischer Mittel gezwungen sein. Die zweite Form von Sicherheit stellt hingegen die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung in den Vordergrund. Individuelle Risiken wie Krankheit, Unfälle oder Armut sollen durch kollektive Sicherungsmechanismen aufgefangen werden. Als Bedrohung für die Menschen gelten auch die Folgen von Überschwemmungen oder Erdbeben. Aufgabe der Gesellschaft ist es, den Menschen beizustehen, deren Existenzgrundlage durch Naturkatastrophen zerstört wird. Das reicht von der Rettung aus lebensbedrohlichen Lagen, bis hin zur Hilfe beim Wiederaufbau der Häuser und gesellschaftlichen Strukturen.

Als Institution die sich selber als Garant der Sicherheit versteht, muss es die Schweizer Armee natürlich beunruhigen, dass kein vernünftiger Mensch mehr daran glaubt, dass unsere nationale Sicherheit von aussen bedroht sein könnte. Um die eigene Überflüssigkeit nicht zu deutlich werden zu lassen, präsentiert sich die Armee deshalb verstärkt als Notwendigkeit für die zweite Form von Sicherheit, den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren jeglicher Art (Überschwemmungen, Terroristen, Hooligans). Diese Umlagerungspolitik muss klar als das benannt werden was sie ist: als Selbsterhaltungstrieb einer Institution deren Lebenszweck entfallen ist. Es wäre nur sinnvoll, dem Leiden ein Ende zu machen und stattdessen einen kraftvollen, zivilen Katastrophenschutz aufzubauen. Der Armee weinte dann bestimmt niemand mehr eine Träne nach.



Wie weiter mit dem Zivildienst?

Wird die Wehrpflicht bald fallen? Obwohl sie offiziell noch gilt, verwandelt sich die Armee mehr und mehr in eine halb-freiwillige, halb-professionelle Institution. Die Armeereform XXI war ein wesentlicher Schritt in diese Richtung: Verkleinerung der Truppenbestände und spezialisierte Aufgaben für die Truppen, die weit über die Landesverteidigung hinausgehen. Es ist gut vorstellbar, dass das Ende der Wehrpflicht aus den bisherigen Reformen folgen wird; vielleicht schon in den nächsten Jahren, vielleicht erst im Lauf der nächsten Jahrzehnte • von Gaétan Morel

Ein Ende der Wehrpflicht hätte auch Auswirkungen auf den Zivildienst: Im aktuellen Gesetz ist der Zivildienst nur als Ersatzdienst für den Militärdienst vorgesehen. Wenn die Wehrpflicht fällt, würde dies auch das Ende des Zivildienstes in seiner heutigen Form bedeuten.

Der wichtige Beitrag der Zivis

Soziale, humanitäre und Umweltschutz-Gruppierungen, welche Zivildienstleistende einsetzen, die Zivis selber, viele Politiker und auch Wirtschaftsvertreter sehen den Nutzen der Arbeit von Zivis. In anderen Ländern – etwa in Deutschland – leisten sehr viele Menschen Zivildienst und sind für die Wirtschaft so wichtig geworden, dass der Übergang zu einer freiwilligen Berufsarmee dort grosse Sorgen auslöst. Zivildienstler sind wertvolle Arbeitskräfte. Auch wenn der Zivildienst für einige vor allem einen Ausweg aus der Militärflicht darstellt, ist bei den meisten doch die Motivation in einem ausgeprägten sozialen Bewusstsein zu finden. Sie tun es also im Bestreben, der Gesellschaft einen wertvollen Dienst zu leisten. Sie identifizieren sich mit ihrem Einsatzort und in manchen Fällen bleiben sie nach dem Einsatz mit der Organisation verbunden oder werden gar von dieser als feste Mitarbeiter eingestellt. Der Zivildienst hilft in Bereichen, wo zuwenig Geld für bezahlte Arbeit vorhanden ist. Damit hilft er, einen Ausgleich in der Gesellschaft zu schaffen. Im weiteren Sinn trägt er auch dazu bei, Spannungen und Konflikte abzubauen, die in unserer Gesellschaft bestehen. In einem System des Individualismus ist der Zivildienst eine wichtige Institution, um den Sinn für die Gemeinschaft und die Verantwortung für die Gesellschaft zu stärken.

Freiwilliger ziviler Gemeinschafts- und Friedensdienst oder Vergrösserung des aktuellen Zivildienstes?

Es ist Zeit, sich Gedanken zu machen, was wir in Zukunft wollen. Ist der Zivildienst nur ein Mittel, Verweigerern aus Gewissensgründen das Gefängnis zu ersparen, oder soll er eine Institution für die Solidarität und den sozialen Aus-

gleich, im weiteren Sinne für den Frieden sein? Mitte September 2005 trafen sich die Organisationen des schweizerischen Zivildienstkomitees, zu denen auch die GSoA gehört, um an einer Retraite im Tessin über die Zukunft des Zivildienstes zu diskutieren. Dabei wurden zwei Strategien diskutiert.

Eine Erste ist die Umgestaltung des jetzigen Zivildienstes in einen freiwilligen Zivildienst, der allen offen steht. Er soll hohen Ansprüchen genügen und solidarischen Werten verpflichtet sein. Einsätze im Sinne der Entwicklungshilfe, sei es in der Schweiz oder im Ausland zugunsten von Konflikt- und Krisenregionen sollen möglich sein. Dazu muss eine staatlich finanzierte Ausbildung der Einsatzwilligen ermöglicht werden. Die Idee gleicht in den Grundzügen der Initiative der GSoA für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst, über die 2001 abgestimmt wurde.

Der pragmatischere Weg ist, den bestehenden Zivildienst gründlich zu reformieren. Dazu gehört die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten und die Öffnung des Zivildienstes für alle Einwohner des Landes, insbesondere auch der Frauen. Konkrete Schritte zur höheren Attraktivität sind die Anerkennung von gewaltfreier Konfliktbearbeitung als Einsatzmöglichkeit und die Abschaffung der Gewissensprüfung. Weiter sollten die Abgaben für Einsatzbetriebe an den Bund wieder fallen, da sie gerade finanzschwache NGOs vom Zivildienst ausschliessen, welche besonders auf Unterstützung angewiesen wären. Zudem sollte die Dauer des Zivildienstes verkürzt werden.

Konsens aus den Diskussionen war, den pragmatischen Weg einzuschlagen und eine schrittweise Verbesserung des Zivildienstes anzustreben. Diese schrittweise Verbesserung, verbunden mit der bereits angetönten Möglichkeit von Einsätzen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung, bietet am ehesten die Chance, einen echten freiwilligen Gemeinschafts- und Friedensdienst zu schaffen – anstelle der sinnlosen Armee.

Aus dem Französischen: David Buchmann



Pakistan braucht Menschenrechte – keine Schweizer Waffen

Die Schweiz verhandelt mit Pakistan über den Verkauf von 736 Schützenpanzern und stützt damit die Militärmachthaber. Dies ungeachtet der Tatsache, dass in Pakistan Menschenrechte systematisch verletzt werden • von Martin Parpan.

Acht Tage nach dem Putsch 1999 übertitelte Amnesty International eine Presserklärung zu Pakistan mit den Worten «Pakistan: A unique opportunity for the new rulers to restore respect for human rights». General Musharraf selbst hatte in seiner Antrittsrede als Präsident Pakistans den toleranten Islam sowie die Achtung der Menschenrechte in den Mittelpunkt seiner künftigen Politik gestellt. Alle guten Vorsätze sind heute als Lippenbekenntnisse demaskiert¹. Das Urteil der pakistanischen und international agierenden NGOs ist eindeutig und vernichtend. Human Rights Watch kommt 4 Jahre nach Musharraf's Machtergreifung zum Schluss, dass unter Musharraf's Führung gemässigte politische Parteien weitgehend ohne Einfluss blieben, während extremistische und sektiererische religiöse Parteien gestärkt wurden sowie dass die Justiz «entmannt» wurde. Pakistan ist einigen der wichtigsten Menschenrechtsübereinkommen der UN nicht beigetreten, so zum Beispiel dem Übereinkommen gegen Folter, dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte oder dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Militär überschattet alles

Der Konflikt mit Indien prägt Pakistans Selbstverständnis seit seiner Gründung im Jahre 1947. Die alles überschattende Stellung der Armee ist denn auch auf diesen Konflikt zurückzuführen. Jüngstes Anschauungsbeispiel für die Furcht vor dem grossen Nachbarn bot das verheerende Erdbeben anfangs Oktober. Die pakistanische Regierung hat auf das Hilfsangebot aus Indien nur zögerlich reagiert. Indische Hilfe im pakistanischen Teil von Kashmir und die indische Offerte, Helikopter zur Verfügung zu stellen, wurden abgelehnt. Willkommen sind lediglich Hilfsgüter. Pakistan

wird seit seiner Entstehung mehr oder weniger direkt von der Armee kontrolliert. Es liegt auf der Hand, dass die beherrschende Stellung der übermächtigen Armee für die Entwicklung von Vielstimmigkeit, Meinungsfreiheit und Demokratie ein denkbar schlechter Nährboden ist.

Musharraf kann als Verbündeter der USA auf deren Nachsichtigkeit zählen, wenn es darum geht, die Interessen des «War on Terror» zu verfolgen. Willkürliche Festnahmen, lebenslängliche Haft für Terrorverdächtige gehören im Rahmen des Anti-Terrorism Act genauso zum Programm wie besondere Gerichte, die «terroristische Verbrechen» mit beschleunigten Verfahren behandeln. Ein autoritär geführter Staat im «Krieg gegen den Terror» ist für die USA berechenbarer, als eine schwache Demokratie, deren Entwicklung nicht absehbar wäre.

Menschenrechtsverletzungen

Neben den Menschenrechtsverletzungen im Namen des Anti-Terror-Krieges werden diese laut Amnesty International vor allem aufgrund patriarchaler Willkür und Stammestradiation verletzt. Dramatisch ist die Situation im Bezug auf Frauenrechte. Die sogenannten «honour killings», also das Recht einzelner Familien, zur Rettung der Ehre angeblich straffällige Frauen zu töten, kostet jedes Jahr Hunderten von Frauen das Leben. Der leiseste Verdacht auf sexuelle Eskapaden oder Ehebruch kann dem Todesurteil gleich kommen. Im Jahr 2000 wurden von 5000 «Ehrentötungen» weltweit 1000 in Pakistan ausgeführt. Werden Frauen vergewaltigt, laufen sie Gefahr, im doppelten Sinne Opfer zu werden. Juristische Schwachstelle ist die mangelnde Differenzierung zwischen Ehebruch und Vergewaltigung. Die Trennungslinie ist derart unscharf, dass Frauen, die wegen Vergewaltigungsdelikten vor

Gericht erscheinen, in der Regel Gefahr laufen, wegen Ehebruch angeklagt zu werden, sofern sie die vollzogene Vergewaltigung nicht eindeutig nachweisen können. Kann die Frau den Beweis nicht eindeutig erbringen, ist dies gleichzeitig ein Geständnis für ausserehelichen Geschlechtsverkehr. Die Beweislast liegt bei der Frau.

Unverändert besorgniserregend ist die Situation von religiösen Minderheiten in Pakistan. Der sogenannte Blasphemiparagraph führt bei Verurteilung zur Verhängung der Todesstrafe oder lebenslanger Freiheitsstrafe. Der Paragraph wird zur Legitimation von Übergriffen gegen religiöse Minderheiten missbraucht. Darunter zu leiden haben vor allem pakistanische Christen, da die Kooperation der Musharraf-Regierung im Anti-Terror-Kampf zum Erstarben jener islamistischen Gruppen geführt hat, die pakistanische Christen als Repräsentanten

des verhassten Westens sehen. Diese Übergriffe werden aus innenpolitischen Gründen kaum verfolgt und geahndet. Die wachsende Intoleranz bekommen auch religiöse Minderheiten wie Hindus, Zikris und Ahmadis zu spüren.

Entwicklung statt Waffen

Weit mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Pakistan sind Analphabeten. Die Militärausgaben übersteigen die Investitionen in Bildung und Gesundheit massiv. Wer in Bildung investiert, leistet einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtslage. Wer Pakistan Waffen liefert, tut das Gegenteil und macht sich mitschuldig. Die Schweiz wäre da keine Ausnahme.

¹Siehe dazu: Islamische Menschenrechtskonzepte, S. 262, Ergon Verlag, ISBN 3-89913-418-4

Atomare Instabilität

(mp) «Die politischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan bleiben problematisch, wodurch die regionale Stabilität bedroht wird. Exportanfragen von Kriegsmaterial nach Indien und Pakistan sind aufgrund der Atomtests bis auf weiteres abzulehnen.» Dieser Satz ist im Bundesratsbericht vom 23. März 2005 nachzulesen. Richtig ist, dass die politischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan nach wie vor problematisch sind. Richtig ist auch, dass die regionale Stabilität in einem Gebiet bedroht ist, in dem sich zwei Atomkräfte gegenüberstehen. Wenn die Schweiz nun mit Indien über die Lieferung von Fliegerabwehrkanonen beziehungsweise über die Vergabe entsprechender Lizenzen sowie mit Pakistan über die Lieferung von Schützenpanzern verhandelt, so tut sie das im Wissen, dass – wie im Bundesratsbericht vom 23. März nachzulesen ist – die regionale Stabilität im Gebiet der Verhandlungspartner – zweier Atomkräfte – bedroht ist. Othmar Wyss vom Seco begründet den Waffendeal mit den Atomkräften wie folgt: «Wenn die Schweiz als einziges Land keine Waffen liefert, nützt das nichts und ist nur zum Schaden unserer Industrie.» Herr Wyss irrt. Es nützt sehr wohl, wenn die Schweiz Exportanfragen von Kriegsmaterial nach Indien und Pakistan ablehnt. Dies deshalb, weil die regionale Stabilität im Gebiet der beiden Atomkräfte bedroht ist. Nachzulesen ist dies im Bundesratsbericht vom 23. März. Auch heute noch.



Schweizer Waffen für pakistanische Uno-Soldaten

(sl) Die Ankündigung des Bundesrates, der pakistanischen Armee über 700 ausgediente Panzer der Schweizer Armee zu liefern, die nach Angaben Pakistans im Rahmen von Uno-Einsätzen eingesetzt werden sollen, hat das Licht auf die pakistanischen Aktivitäten im Rahmen der Uno-Friedensbemühungen geworfen.

Pakistan stellt den Vereinten Nationen aktuell (September 2005) fast 10'000 Soldaten für Friedensmissionen zur Verfügung. Das Land, das seit 1990 zu den aktivsten Truppenstellern gehört, führt damit die Liste von truppenstellenden Ländern vor Bangladesch, Indien, Nigeria, Äthiopien, Nepal, Ghana und Uruguay an. Das erste Land auf der Liste aus dem politischen Norden ist Frankreich auf Rang 21. Dass heute (Entwicklungs-) Länder des Südens der Uno am meisten Truppen zur Ver-

fügung stellen, hat verschiedene Gründe: Zum einen haben die westlichen Staaten den Uno-Friedensbemühungen Mitte der 1990er Jahre – nach Somalia und Bosnien – den Rücken gekehrt und konzentrieren sich auf ein Engagement im unilateralen Rahmen (Irak) oder im Rahmen der Nato- (Afghanistan) oder EU-Armeestrukturen (Kongo, Bosnien). Die Uno wurde daher durch einen Mangel an Soldaten gezwungen, die Angebote von Ländern mit zweifelhaftem Ruf wie Nigeria oder eben auch Pakistan zu akzeptieren. Zum anderen können Regierungen mit der Stellung von Truppen von der Uno auch Entschädigungszahlungen einfordern. Nicht immer (Nigeria) werden diese Zahlungen in der Folge auch an die Soldaten ausbezahlt. Drittens dienen Einsätze im Rahmen der Uno einzelnen Ländern auch als Imagepflege:

Pakistan hat mit seinem Engagement klar zum Ziel, von seinen Verwicklungen in die Konflikte um das Kaschmir-Gebiet und Afghanistan sowie von seiner innenpolitischen Situation abzulenken.

Ob aber Soldaten aus Ländern mit grossen Defiziten in Sachen Menschenrechte und Demokratie geeignete Soldaten für Uno-Blauhelmeinsätze sind, ist zumindest in Frage zu stellen. Der Uno bleibt aber aus den oben dargestellten Gründen momentan keine andere Wahl, als auf Soldaten dieser Länder zurückzugreifen. Die Schweiz täte daher gut daran, die Abhängigkeit der Uno von den Mitgliedsstaaten zu verringern: Indem sie etwa die einzelnen Diskussionen um die Schaffung ständiger Uno-Truppen aufgreift und vor allem die Anstrengungen verstärkt, dass Konflikte gar nicht erst zur Eskalation geraten. Zudem wäre altes Armeematerial sicherlich nicht den einzelnen Ländern zu liefern, sondern wenn schon im zentralen Materialdepot der Uno in Brindisi abzuliefern.

Reisläufer im Zweistromland

Söldnerfirmen gehören zu den tragenden Säulen des Besatzungsregimes im Irak. Sie stellen das zweitgrösste Kontingent aller im Irak stationierten Militärverbände nach den US-Streitkräften. Ein Überblick • von Dario Azzellini*

Seit die Strategie der «Koalition der Willigen» darauf hinausläuft, sich mit den eigenen Soldaten vorzugsweise in Militärcamps zu verschanzen und mit massiven Operationen gegen Zitadellen des innerirakischen Widerstandes vorzugehen, wächst nicht nur das Auftragsvolumen für die privaten Militärdienstleister. Deren Missionen sind auch riskanter geworden.

Viele der in den Bulletins des US-Hauptquartiers als «Zivilisten» ausgewiesenen Opfer von Anschlägen und Entführungen sind nur formal Zivilisten. Oft handelt es sich in Wirklichkeit um das Personal verschiedener Privatagenturen – um die Söldner des 21. Jahrhunderts. Einige Beispiele: Am 2. Mai 2004 kamen bei einem Bombenanschlag auf einen Konvoi zwei Angehörige des Unternehmens Global Risk International ums Leben, die auf den Fidschi-Inseln rekrutiert worden waren. Am 26. November 2004 wurden bei einem Raketenangriff vier nepalesische Söldner getötet, die bei der Firma Global Risks Strategies unter Vertrag standen.

Die steigende Nachfrage nach privaten Sicherheitskräften im Irak hat dazu geführt, dass sowohl Newcomer als auch etablierte Unternehmen der Branche ihre Büros in Bagdad eröffnet haben. Global Risk Strategies zählte Anfang Oktober 2001 – vor dem Angriff der US-Armee auf Afghanistan – ganze zwei Mitarbeiter, heute werden weltweit über 1'000 Mann für den Objekt- und Personenschutz vermietet.

Rekrutierung bei Todesschwadronen

Seit für den Einsatz im Irak die höchste Gefahrenstufe gilt, weichen viele Söldnerfirmen – oder Private Military Contractors (PMC), wie sie im Newspeak des amerikanischen Militärs heissen – bei der Rekrutierung ihres Personals auf bislang weniger beachtete Länder aus. Triple Canopy aus Lincoln (Illinois) verlegte seine Mitarbeiterwerbung nach Zentralamerika, mit dem Schwerpunkt El Salvador. Die jüngste Geschichte dieses Landes sei durchaus ein Grund dafür gewesen, so Firmensprecher Joe Mayo. Triple Canopy, spezialisiert auf den Schutz von Zivilangestellten der US-Behörden in Bagdad, begab sich auf die Suche nach salvadorianischen Ex-Militärs mit Spezialausbildung. Bei Kadern der einstigen Nationalgarde, deren Elite-Einheiten während

des Bürgerkrieges zwischen 1981 und 1993 ein exzellentes Exerzierfeld für «counter-insurgency» (Aufstandsbekämpfung) vorfanden, wurden die Werber von Triple Canopy fündig. Den Hombres der Todesschwadronen winkt im Irak ein Honorar von 1'700 Dollar pro Monat. Viel Geld für El Salvador, wo ein Personenschützer bestenfalls mit 350 Dollar Monatslohn rechnen kann.

Mit der wohl heikelsten Mission, die zur Zeit im Irak vergeben werden kann, sieht sich das Unternehmen Blackwater aus Moyock (North Carolina) betraut, zu dem die am 31. März 2004 in Falludscha gelynchten und an einer Brücke zur Schau gestellten vier Amerikaner gehörten, die in den Medien als «Zivilisten» bezeichnet wurden. Die Crews von Blackwater schützen mit der Coalition Provisional Authority (CPA) quasi die Regierung und bilden irakische Anti-Terroreinheiten aus. Die zur höchsten Risikogruppe zählenden Männer von Blackwater verdienen bei ihren Einsätzen 600 bis 1'000 Dollar am Tag.

Südafrikanische Söldner

So professionell und seriös viele PMCs auch auftreten, an dubiosen Anbietern fehlt es nicht. Als Exempel dafür gilt die südafrikanische Meteor Tactical Solutions (MTS), die für die britische Entwicklungshilfebehörde unter Vertrag genommen wurde. (Das Schweizer Verbindungsbüro in Bagdad wird ebenfalls von MTS-Leuten bewacht. A.d.R.) Zwei der Firmeneigner wurden vor gut einem Jahr in London zusammen mit dem zwielichtigen britischen Ex-SAS-Kämpfer Simon Mann verhaftet. Der sass zuvor im Management des mittlerweile aufgelösten südafrikanischen Söldnerunternehmens Executive Outcome, aus dem wiederum die Firma Sandline hervorging. 1998 war Sandline von der britischen Regierung unter Vertrag genommen worden, um in Sierra Leone zu intervenieren und das UN-Waffenembargo zu unterlaufen.

Es dürfte kaum überraschen, dass die meisten südafrikanischen Söldner im Irak aus Sonderseinheiten des einstigen Apartheidregimes kommen – aus dem Bataillon 32 oder der Elite-Einheit Koevoet, die bis 1990 in Namibia an Operationen gegen ANC- und SWAPO-Mitglieder beteiligt war. Zu den an Euphrat und Tigris tätigen Militäragenturen gehört nicht zuletzt Erinys International. Im Januar

2004 wurden im Irak die Erinys-Angestellten Deon Gouws und François Strydom bei einer Bombenexplosion getötet. Sie waren für das Apartheidregime, genauer für die Sondereinheit Vlakplaas, aktiv, so dass Gouws in den neunziger Jahre zu einer Anhörung vor der Wahrheitskommission geladen wurde und dort einräumte, zu Zeiten der Rassentrennung in Südafrika zwischen 40 und 60 Häuser von Oppositionellen niedergebrannt zu haben. Umstritten sind auch die ökonomischen Vorteile des Outsourcings militärischer Aufträge. Schliesslich bezahlen die Staaten – allen voran die USA – den PMCs unglaubliche Summen, während in vielen Fällen auch die Ausbildung späterer Dienstleister zu ihren Lasten geht. So kostete das 18-monatige Training eines Green Berets etwa 250'000 Dollar – wechselt der Betreffende irgendwann zu einer PMC, schlagen sich die staatlichen Vorleistungen in privaten Gewinnen nieder.

Nach einem Report des Centre for Public Integrity (Washington) wurden von der Bush-Administration im Irak Aufträge an 150 amerikanischen PMCs mit einem Gesamtvolumen von 48,7 Milliarden Dollar vergeben. Daher ist häufig die Rede davon, dass die «coalition of the willing» (Koalition der Willigen) nun von einer «coalition of the billing» (Koalition der Rechnungssteller) flankiert wird.

Jenseits des Völkerrechts

Das über die PMCs praktizierte Outsourcing sollte daher vielmehr als Teil einer Militärdoktrin verstanden werden, die davon ausgeht, mehrere Kriege gleichzeitig führen, aber die dafür notwendigen Operationen öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle entziehen zu können. Da PMC-Mitarbeiter in keiner Gefallenenstatistik auftauchen, lassen sich ausserdem die offiziellen Opferzahlen «niedrig» halten. Wer sich zum Einsatz kommerzieller Sekundanten der eigenen Streitkräfte entschliesst, kann zudem das Völkerrecht, internationale Abkommen oder UN-Beschlüsse umgehen – man denke nur an den Auftrag für die Firma MPRI, während des jugoslawischen Bürgerkrieges kroatisch-muslimische Einheiten in Bosnien unter Umgehung des verhängten Waffenembargos auszubilden und auszurüsten. Da es sich bei PMC-Mitarbeitern nicht um Soldaten im herkömmlichen Sinne handelt, sind sie keiner Militärjustiz unterworfen. Und was das zivile Strafrecht angeht: In vielen Einsatzgebieten findet sich kein Richter, der den Mut und die Autorität besitzt, es anzuwenden.

* Dario Azzellini ist Diplompolitologe, Autor und Übersetzer. Er verfasste das Buch «Das Unternehmen Krieg», welches bei der Assoziation A erschien. Dieser Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung des Magazins «Freitag».

GSoA Genf gewinnt vor Gericht

(sl) Die GSoA und verbündete Organisationen wollten am 18. März 2005 eine Demonstration vor der ständigen US-Mission bei den Vereinten Nationen in Genf durchführen, um an den Beginn des Krieges im Irak zu erinnern und den Abzug der US-Truppen zu fordern. Doch das Justiz- und Polizeidepartement des Kantons verbot die Demonstration. Die GSoA wollte sich mit diesem Verbot nicht abfinden und legte Rekurs gegen die Verfügung ein. Unterdessen hat das Genfer Verwaltungsgericht entschieden, dass der Rekurs der GSoA berechtigt war: Das Verbot, vor der US-Botschaft zu demonstrieren, stelle eine «gravierende Verletzung der Versammlungsfreiheit» dar. Nichtsdestotrotz hat das Genfer Polizeidepartement in der Folge auch eine weitere Demonstration der GSoA Genf vom 23. September 2005 am gleichen Ort verboten. Die GSoA wird gegen den Entscheid wiederum rekurrieren.

Reporter im Irak

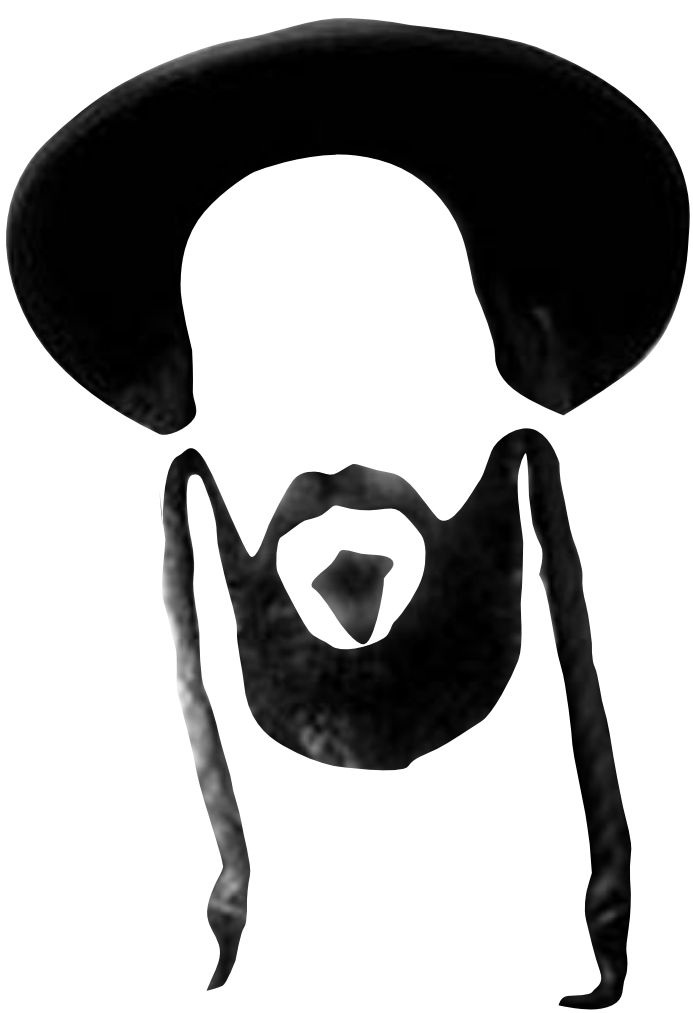
(mue) Seit der Invasion des Iraks durch die US-Armee und ihre Alliierten im März 2003 starben 70 Journalisten zwischen den Fronten. Somit ist der Irak mit Abstand der gefährlichste Arbeitsplatz für Medienschaffende weltweit. Die hohe Zahl veranlasste die «International Federation of Journalists (IFJ)», den weltgrössten Zusammenschluss der Journalisten, Ende August 2005 einen Brief an den Generalsekretär der Uno zu verfassen. In diesem Schreiben anerkennen sie zwar die besonderen Risiken, denen JournalistInnen im Irak ausgesetzt sind. Jedoch beklagen sie sich, dass einige Todesfälle hätten verhindert werden können. Auffallend sei vor allem, dass achtzehn der Journalisten durch US-Truppen getötet wurden. Diese Fälle würden laut der IFJ ungenügend aufgearbeitet, die Untersuchungsergebnisse stellten weder den Journalistenverband noch die Angehörigen zufrieden.

Zu viele Fragen blieben auch Jahre nach den Vorfällen unbeantwortet. Fordern Angehörige Auskünfte über die Untersuchungen, stossen sie auf unüberwindliche bürokratische Hürden und Mauern des Schweigens, die eine Klärung der Vorfälle verunmöglichen. Die Zahl der ungeklärten Todesfälle durch US-Soldaten sei aussergewöhnlich hoch und eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig.

Deshalb fordert die IFJ die Uno auf, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten. Es liege in der Verantwortung der Uno internationales Recht durchzusetzen, und dass die Rechte der Opfer wahrgenommen werden. Der Irak dürfe kein rechtsfreier Raum sein, auch dort und unter diesen Umständen müssten grundlegende Menschenrechte durchgesetzt werden.

Deshalb fordern die Journalisten Kofi Annan auf, diesen Sachverhalt vor dem Sicherheitsrat und den involvierten Ländern darzulegen und diese an ihre Pflichten und ihre Verantwortung zu erinnern. Medienschaffende seien eine Gruppe von Zivilisten, die – wie humanitäre Helfer – ein Recht darauf haben, in Krisengebieten präsent zu sein und deren Interessen schon – lange grob ignoriert würden.





Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft oder Grenzenlose Kriege

In ihrem kürzlich veröffentlichten Buch «Krieg ohne Grenzen» zeigt Maria Mies* die Zusammenhänge zwischen neoliberaler Globalisierung und Krieg auf. Was bedeuten ihre Erkenntnisse für die Friedensbewegung? von Barbara Heer

Die Kriege im Kosovo, Afghanistan und Irak unterscheiden sich laut Maria Mies entscheidend von früheren Kriegen, denn: «Sie sind neu, weil sie faktisch grenzenlos sind». Wie der «Krieg gegen den Terrorismus» scheinen die Neuen Kriege kein Ende zu nehmen und haben globale Auswirkungen. Weiter unterscheiden sie sich in der Legitimation: Früher wurde die territoriale Verteidigung als legitimer Kriegsgrund dargestellt, heute hingegen werden so genannt «humanitäre» Gründe vorgebracht. Die militärischen Interventionen werden in den Medien so dargestellt, als ob sie Demokratie und Freiheit verbreiten, die Welt vor Massenvernichtungswaffen schützen und sogar gegen die Unterdrückung von Frauen kämpften. Weitere Aspekte der Rechtfertigung der Neuen Kriege sind der häufig vorgebrachten Argumentation für Liberalisierung und Abbau des Sozialstaates erstaunlich ähnlich: Kurzfristige Verluste würden langfristige Verbesserungen für alle ermöglichen, und «There is no alternative», es gäbe keine Alternative.

Die wahren Gründe für diese Kriege sieht Mies aber nicht etwa in einer global-humanitären Haltung, sondern im Kapitalismus: Um zu überleben brauche die Weltwirtschaft, so wie sie heute strukturiert ist, kontinuierliches Wachstum, das «friedlich» durch Kriegswirtschaft oder militärisch durch Wirtschaftskriege erreicht werden kann. Unter Kriegswirtschaft versteht Mies die heutige neoliberale Globalisierungspolitik, welche ihre Ziele durch Strukturanpassungsprogramme und internationale Abkommen wie GATS oder MAI zu erreichen sucht: Sie verpflichten alle unterzeichnenden Staaten zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und ermöglichen so die Erschliessung neuer Absatzmärkte und Produktionsorte. Die Umsetzung dieser Abkommen bewirkt vor allem in Drittweltländern einen

Krieg gegen die Natur (Raubbau) und ein «Krieg gegen Innen» (Abbau des Sozialstaates, Abbau arbeitnehmerischer und demokratischer Rechte).

Der «Krieg gegen Aussen» oder die Neuen Kriege sind lediglich ein anderes Mittel zum selben Ziel: Wirtschaftswachstum. Wie zum Beispiel der Irakkrieg sehr deutlich machte, ermöglichen sie ungehinderten Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Öl und erschliessen neue Märkte. Da die kriegsführenden, westlichen Staaten durch die Wirtschaftskriege ihre Wirtschaftspolitik weltweit umsetzen, spricht Mies auch von einer «neuen Kolonialisierung» der Welt. Laut Mies führt also die neoliberale Globalisierung zu Krieg, und die Kriege wiederum ermöglichen diese Art von Globalisierung.

Der globalisierungskritischen Bewegung und den Friedensbewegten muss diese Kriegslogik laut Mies unbedingt bewusst werden. Eine Friedensbewegung, die sich gegen einzelne Kriege wehrt, macht, überspitzt formuliert, nur Symptombekämpfung. Vielmehr muss man versuchen, die Kriegswirtschaft zu delegitimieren und die Kriegslogik als Ganzes an den Pranger stellen. Vor allem ist es aber wichtig von der Argumentation «There is no alternative» wegzukommen und man soll «bereits jetzt anfangen, eine andere Welt, eine andere Wirtschaft, eine andere Politik, eine andere Demokratie und eine andere Wissenschaft mitten in der «alten Welt» aufzubauen».

* Maria Mies ist Professorin für Soziologie in Köln. Die kontroverse Intellektuelle engagiert sich in der feministischen und globalisierungskritischen Bewegung und hat mehrere einflussreiche Werke in diesen und anderen Bereichen veröffentlicht. «Krieg ohne Grenzen. Die neue Kolonisierung der Welt» ist 2004 beim Papyrossa Verlag erschienen. Alle Zitate stammen aus diesem Buch.

Die kommenden Kriege

Zwei Jahre nach dem Bestseller «Irak – Chronik eines gewollten Krieges» legt Uno-Korrespondent Andreas Zumach mit «Die kommenden Kriege» ein neues Buch vor. Zumach geht dabei auf die Folgen des Krieges im Nahen Osten ein, zeigt aber vor allem auf, was getan werden muss, um zukünftige Kriege zu verhindern • von Stefan Luzi

«Sind (Welt-) Kriege um Öl noch vermeidbar? Gibt es noch Chancen für den friedlichen Ausgleich von Interessen und die gemeinsame Bewältigung der globalen Probleme im Rahmen der Uno?» Diese Fragen stellt Andreas Zumach an den Beginn seines neuen Buches. Um sie zu beantworten, zeigt der Autor in grosser Detailkenntnis auf, wie die Uno und das Völkerrecht in den letzten Jahren in den Konflikten um Kosovo, Afghanistan und Irak («der bislang schwerste Anschlag auf das Völkerrecht») von den Staaten des politischen Nordens systematisch hintergangen und missbraucht worden sind. Aus Zumachs Darstellung wird beispielsweise auch offensichtlich, dass das Versagen der Uno im «Öl für Nahrungsmittel-Programm» der Uno nicht ein Versagen der Uno war, sondern in erster Linie auf den mangelnden Willen der mächtigen Staaten zur Kontrolle der Geschäfte mit dem Irak zurückzuführen ist.

Als «gravierenden Einschnitt» in der Politik der Staaten bezeichnet Zumach den 11. September 2001, welcher als Startpunkt der offensiven Auslegung der Präventivkriegsstrategie durch die USA betrachtet werden kann. Dies werde zunehmend auch, wie Zumach kritisiert, von der EU nachgeahmt. Zudem gaben die 191 Mitgliedsstaaten der Uno den USA nach den Attentaten auch einen Freipass für deren Aktivitäten im «Krieg gegen Terror», was sich zwar aus der Betroffenheit über die Terroranschläge erklären lässt, sich aber in der Folge als riesige Hypothek für die Stabilität der Uno-Normen erwiesen hat. Ebenfalls von Zumach kritisiert wird das Verhalten der Staaten (und auch der Friedensbewegung) vor dem Krieg gegen Irak: «Den Kriegsgegnern gelang es nicht, über die Ablehnung der angloamerikanischen Kriegsabsichten hinaus eine Alternative zu entwickeln, die es den Regierungen Bush und Blair vielleicht unmöglich gemacht hätte, diesen Krieg zu führen. Eine Chance hierzu hätte es nur gegeben, wenn die Kriegsgegner das unbestreitbar gravierende Problem der Diktatur in Bagdad und ihrer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen

nicht den Regierungen Bush und Blair zur Rechtfertigung für einen völkerrechtswidrigen Präventivkrieg überlassen und einen Vorschlag zur Überwindung dieses gravierenden Problems mit völkerrechtskonformen Mitteln unterbreitet hätte.» Natürlich ändert diese (Selbst-) Kritik aber nichts daran, dass Zumach den Krieg als riesigen Fehler bezeichnet und eine ausführliche Schilderung der verheerenden Kriegsbilanz vorlegt.

Drohen weitere Kriege um Öl?

Im zweiten Teil seines Buches formuliert Zumach die Annahme, dass das Versiegen des Rohstoffes Öl in den nächsten Jahrzehnten die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen vergrössern wird. Er zeigt, dass der Iran dabei für die USA und für Europa – das die Ziele der neugeschaffenen Armeestrukturen in ihren Strategiepapieren ebenfalls auf die Sicherung von Ressourcen ausrichtet – «von mindestens ebenso grossem geostrategischen Interesse ist wie der Irak.» Vor diesem Hintergrund ist der Versuch der EU, das (militärische) Machtgefälle zwischen Europa und Amerika auszubalancieren, aber der völlig falsche Ausweg: «Dieses Konzept erhöht das ohnehin bereits beträchtliche Risiko einer Zerstörung dieser Welt durch Kriege und Ressourcen-Raubbau noch einmal erheblich.»

Ein Ausweg aus dieser gefährlichen Sackgasse der versiegenden Ressourcen kann daher nur durch eine radikale Senkung unseres Energieverbrauchs sowie durch die Umstellung auf alternative Energiequellen erfolgen. Doch «angesichts der grossen Versäumnisse in den letzten 20 Jahren» lässt sich auch damit die Gefahr von Ressourcenkonflikten nicht ausschliessen. Diese können nur dann verhindert werden, wenn sich in der Uno eine «Koalition der willigen Multilateralisten» zusammensetzt, welche globale Herausforderungen gemeinsam angeht. Vorschläge, mit welchen Reformschritten diese Koalition von Staaten der Weltorganisationen zu neuem Leben verhelfen könnte, bilden den Abschluss dieses lesenswerten Buches.

Vorschläge der US-Friedensbewegung

(sl) Die Kritik von Andreas Zumach, dass die Kriegsgegner es sich mit der alleinigen Kritik am US-Krieg gegen Irak etwas zu einfach gemacht haben, rührt an eine der zentralen Fragen, welche sich Friedensbewegungen schon immer stellten mussten: Genügt es, Forderungen nach einem Ende von Konflikten zu stellen, oder ist es auch Aufgabe einer Friedensbewegung, Vorschläge zu machen, wie Konflikte alternativ gelöst werden könnten?

Vor diesem Hintergrund ist ein Blick auf die US-Friedensbewegung interessant: Dass die Opposition gegen den Krieg noch immer sehr gross ist, haben die über 300'000 Menschen (Angaben der Organisatoren) bewiesen, die am 24. September 2005 vor dem Weissen Haus für ein Ende der US-Besatzung im Irak demonstriert haben. Doch die Friedensbewegung hat auch Vorschläge gemacht, wie die Gewaltspirale im Irak beendet werden kann: Mit der «People's Petition for an Iraq Peace Process» (www.peoplespetition.org) schlägt sie dazu eine Reihe von Massnahmen vor: Erstens sollen die USA gegenüber der irakischen Bevölkerung versichern, dass das Land keine Absichten für eine Einrichtung von Militärbasen oder die Kontrolle des irakischen Öls hat. Die USA müssen zweitens einen klaren Fahrplan für den Rückzug von Truppen vorlegen und dies mit einem Teilabzug Ende 2005 auch unterstreichen. Drittens müssen die USA die Kontrolle über den Prozess der Demilitarisierung an die Uno übergeben, Ausgleichszahlungen für Kriegsschäden leisten, eingeleitete Privatisierungen aufheben und die lukrativen Verträge mit US-Firmen für die Aufbauhilfe rückgängig machen. Schliesslich soll ein speziell einzusetzender «Friedens-Gesandter» («peace envoy»), der unabhängig von den US-Besatzungsstrukturen arbeiten kann, eigentliche «Friedens-Gespräche» mit denjenigen Gruppierungen aufnehmen, die sich gegen die Besatzung wehren.

Sehen und gesehen werden in Israel/Palästina

Die Organisation Peace Watch Switzerland (PWS) entsendet freiwillige MenschenrechtsbeobachterInnen nach Israel/Palästina. Welche Erfahrungen haben die Projektverantwortlichen dabei in den letzten Jahren gemacht? Und wie beeinflusst die politische Lage im Nahen Osten die Arbeit der BeobachterInnen? Von Stefan Luzi

Das Palästina Projekt bei PWS ist die Schweizer Beteiligung am *Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel* (EAPPI), das auf Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2002 gegründet wurde. Bis jetzt sind über 200 internationale BegleiterInnen in einen Einsatz geschickt worden, davon achtzehn aus der Schweiz. Die Hilfswerke HEKS, Mission 21, cfd und HorYzon haben die Trägerschaft des Projekts in der Schweiz übernommen. Die operationelle Verantwortung der Projektdurchführung liegt bei Peace Watch Switzerland. Das Ziel des Programms ist das Sehen und Gesehen werden von internationalen MenschenrechtsbeobachterInnen in Konfliktgebieten. Durch die internationale Präsenz kann die Gefahr von Übergriffen auf die Zivilbevölkerung vermindert werden. Ein weiterer wichtiger Grundpfeiler ist die Berichterstattung über die Situation vor Ort durch die MenschenrechtsbeobachterInnen. Die GSoA-Zeitung sprach mit Daniela Vorburger, seit 2004 Projektverantwortliche für das Palästina-Projekt bei Peace Watch Switzerland.

Daniela, was hat sich seit Beginn deiner Arbeit am Palästina-Projekt von PWS verändert?

Die Projektarbeit hat sich intensiviert. Das Projekt ist angewachsen, die Strukturen sind heute klarer, die Aufgaben weiter gefasst. Dadurch ist natürlich auch der Aufwand für die Führung des Projekts gestiegen. Wir haben in

den letzten fünfzehn Monaten acht MenschenrechtsbeobachterInnen nach Israel/Palästina geschickt. Das ist zwar eine gute Zahl, wir haben allerdings mit mehr gerechnet. Ein Vorteil war allerdings, dass ich mich in diesem Jahr intensiver der Projektevaluation und Implementierungen widmen konnte. Auch hat Peace Watch Switzerland dieses Jahr eine Organisationsentwicklung in Angriff genommen, die sehr erfolgreich, dementsprechend aber auch zeitintensiv war.

Woran liegt Deiner Meinung nach die Zurückhaltung von Interessierten, einen Einsatz mit PWS in Israel/Palästina zu machen?

Ich denke, da gibt es unterschiedliche Gründe. Die wichtigsten Gründe sehe ich in der Zeitplanung und im Sicherheitsaspekt. Viele Interessierte, die mich im Büro kontaktieren, haben jetzt Zeit und wollen bald möglichst ausreisen. Unsere Planung sieht aber vor, dass alle ein Vorbereitungsseminar bei PWS besuchen, bevor sie in einen Einsatz geschickt werden. Diese Trainings bieten wir zwei- bis dreimal im Jahr an. Dazu kommt, dass wir Freiwillige zu festgelegten Daten viermal im Jahr nach Israel/Palästina schicken, nämlich dann, wenn ein neuer dreimonatiger Einsatz des internationalen EAPPI-Programms in Jerusalem beginnt. All diese Daten verlangen eine sorgfältige Planung. Ein spontanes «Jetzt habe ich gerade Zeit, jetzt reise ich aus!» funktioniert also nur

im Glücksfall. Allerdings haben wir jetzt eine Strategieänderung vorgenommen und bieten allen Interessierten an, ihre Bewerbungsunterlagen für einen Einsatz ab sofort einzureichen, dann das nächste Vorbereitungsseminar zu besuchen und wenn immer möglich am ersten Termin nach dem Training auszureisen. So können wir die Warte- und Vorbereitungszeit verkürzen.

Ein anderer Punkt, den ich für sehr wichtig halte, sind Sicherheitsbedenken der Interessierten. Israel/Palästina ist nach wie vor täglich mit Gewaltmeldungen in der Presse. Unsere Leute sind mehrheitlich in den besetzten Gebieten unterwegs und erleben so die Besatzung hautnah. Dass das Leben von Internationalen trotzdem ganz anders aussieht als dasjenige der PalästinenserInnen und dass Internationale selten Ziel von Gewaltübergriffen werden, ist manchmal natürlich schwierig zu vermitteln. Ich denke, wir müssen diese Bedenken von Interessierten auch sehr ernst nehmen und korrekt mit diesen umgehen. Ausser einer guten Aufklärung und einer fundierten Vorbereitung und Betreuung können wir aber faktisch wenig unternehmen. Schliesslich ist es eine Tatsache, dass das Gebiet eine Krisenregion mit massiver Militärpräsenz ist. Wir können und

wollen den Leuten natürlich nicht etwas anderes erzählen, müssen die Möglichkeiten von Gefahren aber auch realistisch einschätzen.

Du sprichst die Situation vor Ort an. Wie stark beeinflusst die aktuelle politische Lage eure Arbeit vor Ort?

Das kommt darauf an, wie man die Frage versteht: Grundsätzlich beeinflusst sie unsere Arbeit nicht, denn wir «arbeiten» ja nicht, sondern markieren internationale Präsenz. Wir sind immer in unseren Einsatzorten, solange dies nicht eine akute Lebensgefahr für unsere Leute darstellt. Natürlich betrifft aber auch uns eine Ausgangssperre, die zum Beispiel über Tulkarem verhängt wird. Das ist klar. Es ist aber nicht so, dass wir uns jedes Mal aus einem Ort zurückziehen, wenn das israelische Militär Panzer auffährt. Das Ziel unserer Arbeit ist, dort präsent zu sein, sehen und gesehen zu werden, wo die Welt eben nicht hinschaut, wo Journalisten selten hinfahren und israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten können. In diesem Sinne erachte ich unsere Arbeit als wichtig und sinnvoll und kann bis jetzt von einem Erfolg sprechen.

Daten der nächsten Vorbereitungsseminare:

1. Training: Fr. 12. – So. 15. Januar und Mi. 26. – So. 29. Januar 2006
2. Training: Fr. 8. – So. 11. Juni und Mi. 29. Juni – So. 2. Juli 2006
3. Training: Fr. 2. – So. 5. November und Mi. 23. – So. 26. November 2006

Anmeldung und Informationen:

Peace Watch Switzerland

Telefon 044 272 27 88

palastine@peacewatch.ch www.peacewatch.ch

GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	GSoA-Kleber diverse Ausführungen kostenlos	GSoA-T-Shirt Mit dem Spruch «If war is the answer, the question must be fucking stupid» S, M, L, XL Fr. 28.–
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.–	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.–	

Bestelltalon

(Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

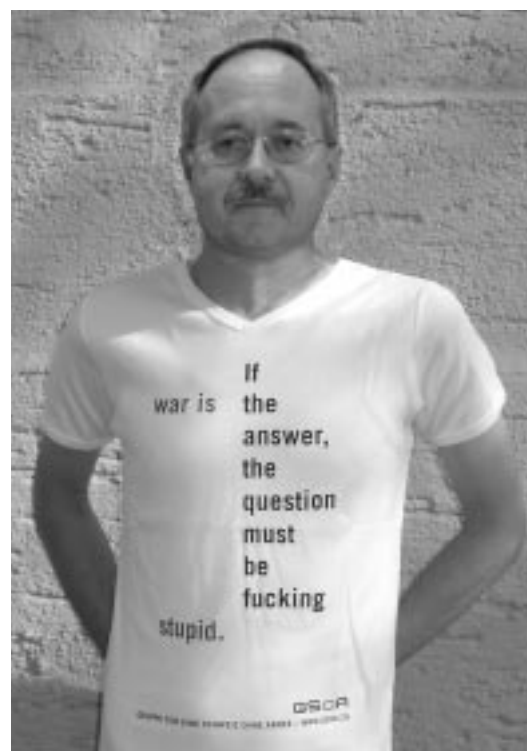
Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «If war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.–	
	diverse Kleber		kostenlos	
	Panzerknacker		kostenlos	
Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–				
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 273 01 00, Fax 01 273 02 12



Impressum

Redaktion: Daniel Bachofen (dba), David Buchmann (db), Tom Cassee (tc), Samuel Durrer (sd), Barbara Heer (bah), Luzia Jäger (lj), Josef Lang (jl), Nico Lutz (nl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Christian Müller (mue), Martin Parpan (mp), Julian Reich (jr), Christine Scheidegger (cs), Tobia Schnebli (ts), Renate Schoch (rs), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)

Gestaltung: Christina Meili, Zürich

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)

Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– / 10.–

PC-Konto: PC 40-37315-5

Kontakt: GSoA, Postfach, 8031 Zürich

Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12

E-Mail: goa@goa.ch, Internet: www.goa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen.

Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.